

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Allee 35/37, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1,60**. Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069 a. 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Beizeile oder deren Raum **15 Pfennige**, für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen **nur 10 Pfennig**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr Morgens** in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 112.

Mittwoch, den 15. Mai 1895.

2. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.)

Aus dem Reichstage.

Ueber den Reichstag bröckelte sich nach dem Wetterfischlag der vorigen Woche Montag die friedliche Stille eines parlamentarischen blauen Montags. Die meisten Abgeordneten gönnten sich Erholung von den Strapazen der letzten aufregenden Sitzung. Auch die Tribünen waren schwach besucht und auf der Ministerbank saß einsam und verlassen der Schatzsekretär Graf Posadowsky. Größeres Interesse nahm nur der letzte Gegenstand der Tagesordnung, die zweite Beratung der Tabaksteuervorlage in Anspruch. Es wiederholte sich dabei das Schauspiel von Sonnabend. Ohne Saug und Klang wurde der aus der Kommission hervorgegangene Skaber zur ewigen Ruhe bestattet. Graf Posadowsky versuchte zwar noch einmal, das Prinzip der Tabaksteuer zu retten, aber er fand nur Unterstützung bei Herrn von Kardorff. Die meisten Redner gaben nur kurze Erklärungen über die Stellung ihrer Parteien zur Vorlage ab. Die ablehnende Haltung unserer Genossen konstatirte Mollenbuhr. Niemand erregte sich und lang- und kluglos, wie ein Armeubegräbniß, vollzog sich die Bestattung. Als der entscheidende § 4 abgelehnt, für den sich, genau gegährt, die im Saale anwesenden elf Konservativen und Reichsparteiler, sowie der nationalliberale Professor Enneccerus erhoben, begann Graf Posadowsky eiligst seine Sachen einzupacken. Wenige Minuten später waren die übrigen Paragraphen abgelehnt und nichts blieb übrig von der Tabaksteuervorlage als die Manuskrift im Reichsschatzamt. Eine dritte Beratung findet, wie auch bei der Umstürzvorlage, nicht mehr statt.

Zu außergewöhnlich früher Stunde, bald nach 3 Uhr, wurde die Sitzung geschlossen.

Berlin, 13. Mai.

91. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Fürst Hohenzollern, Dr. von Bötticher, Bronsart von Schellendorff, Graf Posadowsky.

Zur ersten Beratung steht zunächst der Gesetzentwurf, betr. die Ausführung des mit Oesterreich-Ungarn abgeschlossenen Zolltariffs. Derselbe bezweckt die Befreiung der Umgehung von österreich-ungarischen Zollvorschriften gemäß den abgeschlossenen Verträgen.

Dr. v. Hammacher (N.) fragt an, ob in Oesterreich-Ungarn das entsprechende Gesetz ebenfalls bereits zu Stande gekommen sei.

Ein Regierungskommissar erwidert, daß in Oesterreich-Ungarn das entsprechende Gesetz schon bereits in derselben Weise vorbereitet sei.

Damit schließt die erste Lesung.

Das Gesetz wird in der zweiten Lesung angenommen.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfes, betr. den Bestand der einzelnen Bundesstaaten bei Einziehung von Abgaben und Vollstreckung von Verurtheilungen.

Die Lesung wird ohne erhebliche Diskussion erledigt, eine Kommissionsberatung von keiner Seite gewünscht; die zweite Lesung wird demnach nächstens im Plenum folgen.

In der folgenden Beratung des Entwurfes, betr. die Fürsorge für Wittwen und Waisen der Personen des Soldatenstandes und der Marine vom Feldwebel abwärts, erklärt

Graf Driola (N.): Der Entwurf entspreche den Wünschen des Reichstages, er halte es nicht für nöthig, den Entwurf einer Kommission zu überweisen.

Dr. Bachem (Z.) schließt sich dem an, behält sich aber vor, falls sich in zweiter Lesung bei einzelnen Bestimmungen Bedenken ergeben sollten, dieselben einer Kommission zu überweisen und einen Antrag darauf zu stellen.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff weist darauf hin, daß der Entwurf eine auch vom Kriegsministerium schmerzlich empfundene Lücke ausfüllen solle, daß er erst nach langer Verhandlung zu Stande gekommen sei, und spricht die Hoffnung aus, das Centrum werde diesem Entwurf in allen seinen Bestimmungen zustimmen.

Garn (SD.) erklärt sich im Prinzip für die Vorlage, die schon längst hätte eingebracht werden sollen; die Vorlage biete aber viel zu wenig und er möchte, da auf diesem Gebiete viel mehr erreicht werden müsse, empfehlen, den Entwurf doch lieber abzulehnen und die Regierung aufzufordern, einen weitergehenden Entwurf vorzulegen.

v. Kardorff (N.) kann das nicht für zweckmäßig halten und bittet, den Entwurf ohne Kommissionsberatung zu erledigen.

Richter (Fg.) bittet gleichfalls, dem Entwurf keine Schwierigkeiten zu bereiten, um denselben noch in dieser Session zu Stande zu bringen.

Damit schließt die erste Lesung. Die zweite Lesung wird, da ein Antrag auf Kommissionsberatung nicht vorliegt, unmittelbar im Plenum stattfinden.

Es folgt die zweite Lesung der Tabaksteuervorlage. Die Kommission beantragt Ablehnung der Vorlage.

Die Beratung beginnt mit § 4 der Regierungsvorlage, der das Prinzip der Fabriksteuer feststellen will.

Dr. Bachem (Z.) erklärt, seine Freunde könnten Angesichts der wirtschaftlichen Lage einer Erhöhung der indirekten Steuern nicht zustimmen, vielmehr weiterhin den Grundsatz vertreten, daß man zum Ausgleich des Staatshaushalts lieber auf Ersparnisse bei den Ausgaben bedacht sein müßte. Er bitte daher, die Vorlage abzulehnen.

Dr. Frese (Fg.) schließt sich dieser Erklärung an und bittet gleichfalls, den Entwurf abzulehnen.

Staatssekretär Graf Posadowsky bemerkt, der Entwurf habe das Mittel bieten sollen, zu einer Finanzreform zu führen. Nachdem die Spannung zwischen Einnahmen und Ausgaben durch die Budgetberathung sich verringert habe, habe er sich in der Kommission mit einer Tabaksteuer begnügen wollen, die mit ihrem Ertrage die Spannung von etwa 10 Millionen Mark ausgleichen würde. Durch die dadurch ermäßigten Steuersätze würden die von den minderbemittelten Bevölkerungsklassen konsumirten Tabaksorten nur ganz geringfügig betroffen werden. Damit wären auch die sozialen Bedenken gegen die Vorlage ganz erheblich abgemindert worden. Leider habe die Kommission zum schmerzlichen Bedauern ein Eingehen auf diesen Vorschlag abgelehnt. Er nehme nicht an, daß alle Mitglieder der Kommissionsmehrheit prinzipielle Gegner einer Erhöhung der Tabaksteuer seien. Einige mögen sich von taktischen, Andere von technischen Bedenken haben leiten lassen. Was sollten die Regierungen demgegenüber thun? Legten sie andere Projekte, etwa eine erhöhte Stempelsteuer vor, so läme man wieder mit dem Vorwurf, sie übe die Wismacherei. Ob in Zukunft eine neue Tabaksteuer vorgelegt werde, hänge nicht von dem Ermessen einzelner Personen in der Regierung ab, sondern von der finanziellen Entwicklung. Die Regierungen üben in jedem Falle das Bestreben, die Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen. Sollten jetzt neue Mittel nicht bewilligt werden, so blieben nur zwei Mittel: Die Erhöhung der Matrifularbeiträge oder die Einbringung neuer Steuervorlagen, für die wir auf eine Mehrheit erlangen zu können nicht hoffen dürfen. Werde man also demnach auf den Tabak zurückgreifen, so würden lediglich finanzpolitische Erwägungen dafür maßgebend sein. Wäre es möglich, eine Tabaksteuer auch nur im Betrag von 10 Millionen zu erreichen, so würde eine vernünftige Finanzreform zu erreichen sein. Ohne auf eine solche eingehen zu wollen, bitte er daher, noch in dieser Session etwas Ersprießliches auf dem Gebiete der Vorlage zu Stande zu bringen.

Wassermann (N.) erklärt, seine Freunde ständen nach wie vor auf dem Boden einer Finanzreform, die das Verhältnis zwischen Einzelstaaten und Reich sicherstelle. Aber dieser Vorlage, namentlich dem Prinzip einer Tabakfabriksteuer, sei es auch nur in Höhe von 10 Millionen Mark, könnten sie im Interesse der Industrie nicht zustimmen. Dem Bestreben gegenüber, höhere Einnahmen aus dem Tabak zu erzielen, verhielten sie sich nicht ablehnend, sie hätten auch Vorschläge gemacht, die aber von der Regierung abgelehnt worden seien. Er bitte daher um Ablehnung des § 4 und hoffe, man werde auf das System der Fabriksteuer nun auf immer verzichten. Die kleineren und mittleren Existenzen würden dadurch aufs Newßerste gefährdet. (Beifall links und im Centrum.)

von Kardorff (N.) kann nicht einsehen, weshalb Deutschland nicht dieselben hohen Steuern auf den Tabak legen solle, die das Ausland habe. Die Industrie würde durch die Ablehnung nicht zur Ruhe kommen, denn man werde immer auf den Tabak zurückgreifen müssen. Der Satz, daß indirekte Steuern die ärmeren Klassen vornehmlich belasten, sei vollkommen irrig. In wenigen Jahren würde demnach der Tabak wieder auf der Tagesordnung stehen. Die Ablehnung durch den Reichstag sei nicht maßgebend. Dieser Reichstag habe überhaupt noch nichts zu Stande gebracht. Er sei unfähig. (Lachen links.) Das liege an dem Parteiwesen. Ein anderer Reichstag werde vielleicht besser sein. Er habe zu großes Vertrauen zum Reichstage. Das Volk werde sich befinden und einsehen, daß die heutige Partezerrissenheit nicht zum Segen führe. (Beifall rechts, Lachen links.)

Staatssekretär Graf Posadowsky entgegnet dem Abg. Wassermann, der in der Kommission gemachte Vorschlag einer Zollserhöhung sei unannehmbar gewesen. Er würde zum gesteigerten Verbrauch inländischen Tabaks, zur Verminderung der Einfuhr führen, also zu verminderten Erträgen. Die Einführung eines Werthzollses sei aber so schwierig, daß ein Gesetzentwurf in dieser Session auf keinen Fall mehr hätte zu Stande gebracht werden können. A limine abgewiesen habe die Regierung diesen Weg nicht. Man könne aber deshalb doch nicht sagen, die Regierung habe sich auf nichts eingelassen; man habe ihr keinen gangbaren Weg gezeigt.

Richter (Fg.) erklärt, der Reichstag könne doch Herrn von Kardorff nicht so unfähig erscheinen; er habe doch die Militärvorlage bewilligt. Durch diese Bewilligung seien eben die finanziellen Schwierigkeiten hervorgerufen worden, und bezüglich der zu ihrer Lösung gemachten Vorschläge könne das Volk mit dem negativen Resultat ganz zufrieden sein. (Beifall links.) Es sei hier keinesfalls ein Bedürfnis nachgewiesen, eine solche Tabaksteuer zu bewilligen, selbst nicht für eine solche mit 10 Millionen Mark Ertrag. Die Spannung von 10 Millionen würde mit Sicherheit durch die erhöhten Zolleinnahmen gedeckt werden können. Würden diese nicht zur Deckung in Anspruch genommen, so würde man sie bald für neue Ausgaben mit Beschlag belegen. Herr v. Kardorff stellt es so dar, als seien wir es unserem Ansehen schuldig, das Beispiel anderer Kulturstaaten nachzuahmen. Hohe Zölle seien aber doch kein Zeichen höherer Kultur, sondern größerer finanzieller Schwierigkeiten. (Sehr richtig! links.) Herr v. Kardorff und seine Freunde streben aber durch ihre agrarische Agitation immer mehr dahin, die Staatskasse mit Liebesgaben in Anspruch zu nehmen. Keiner seiner Freunde hätte bisher gegen die nengeplante Liebesgabe für verachtete Junker Widerspruch erhoben. Die Reichsfinanzreform scheine Niemandem dringlich, als dem preussischen Finanzminister und dem Reichsschatzsekretär. Den gleichen Zweck könne man einfacher durch Spararbeit im Reich und in den Einzelstaaten erreichen. Er möchte die Regierungen bitten, die Industrie nicht weiter zu beunruhigen, sondern das Resultat ihrer Studien lieber für sich zu behalten. Angesichts der geringfügigen Behandlung des Reichstags durch den Minister v. Köller hätte das Haus um so mehr die Verpflichtung, seine konstitutionellen Rechte aufrecht zu erhalten. (Beifall links und im Centrum.) Käme die Tabaksteuer wieder, so würde sich ein ebensolcher Sturm der Entrüstung, erheben, wie Angesichts der Umstürzvorlage. (Beifall links.)

Mollenbuhr (SD.): Meine Herren! Ich kann mich auf wenige Worte beschränken. Herr v. Kardorff sagte: Wir können nicht hinter den anderen Kulturstaaten in der Höhe der Tabak-

besteuerung zurückbleiben. Gerade weil wir die Zustände in den anderen Staaten kennen, weil wir gesehen haben, wie eine große Industrie unter dem Druck solcher Steuern zu Grunde geht, sind wir gegen eine solche Besteuerung. Wir sind überzeugt, daß der größte Theil der Mehrbelastung des Tabaks auf die Arbeiter abgewälzt wird. Die angeblich geringe Summe von 10 1/2 Millionen Mark halten wir für viel zu hoch, um sie noch den Arbeitern aufzubürden. Noch einmal alle unsere Gründe gegen die Steuer jetzt zu wiederholen, erscheint uns überflüssig. In der Kommission hat der Staatssekretär etwas Neues vorgeschlagen, nämlich die verschobene Besteuerung von 15 und 18 pCt. vom Werth beim Tabak Alles was man gegen die prozentuale Steuer als eine Reichsprämie auf Lohnabhängige geltend machen kann, kann man in verschärftem Maße gegen diese neue Idee geltend machen. Dazu fehlt jede Andeutung, wie diese neue Idee durchgeführt werden soll, wie z. B. die 5 Pfennig-Cigarre mit 15 pCt., die theurere mit 18 pCt. besteuert werden soll. Besteuert werden soll doch, wenn die Cigarre aus der Fabrik an den Händler übergeht. Der Händler macht aber seinen Preis meist erst, wenn er die Cigarren eingekauft hat; eine Kontrolle ist also nicht durchführbar. — Wir haben diese Gründe in der Kommission bei der zweiten Berathung bereits geltend gemacht. Die Gründe sind von der Regierung nicht widerlegt worden und sie genügen für uns, zur Ablehnung des Gedankens und der ganzen Vorlage zu gelangen.

Rzepnikowski (Pole) — auf der Tribüne unverständlich — scheint gleichfalls gegen die Vorlage zu sprechen.

v. Kardorff stellt in Vorrede, daß er den Kulturstaat nach der Höhe der Tabaksteuer bemessen wolle. Es solle nur ein Luxusmittel nach Gebühr besteuert werden. Abg. Richter stelle aber die Sache falsch dar, wenn er behauptet, seine Freunde hätten durch Bewilligung der Militärvorlage die Finanznoth herausbeschworen. Schuld an dieser seien eher diejenigen, die die Handelsverträge bewilligt hätten. Um die Finanznoth zu beseitigen, würde es genügen, die Goldwährung, diese Quelle der Ausbeutung des Volkes durch die Kapitalisten, abzuschaffen. (Lachen links.)

Richter erwidert, die Belastung durch die Militärvorlage betrage 55 Millionen, der Ausfall in Folge der Handelsverträge nur 20 bis 30 Millionen, der zum Theil schon durch die vermehrte Getreideausfuhr gedeckt sei. Für die Abschaffung der Goldwährung würde sich im Hause keine Mehrheit finden, Gott sei Dank, müsse er sagen. (Beifall links.)

Staatssekretär Graf v. Posadowsky antwortet dem Abg. Richter, es sei selbstverständlich, daß vor 1893 ein Bedürfnis nach einer Reichsfinanzreform nicht habe vorliegen können, da erst damals höhere Matrifularbeiträge notwendig geworden seien.

Gräfe (Reformp.) erklärt sich gegen die Vorlage, die den vor Bewilligung der Militärvorlage vom früheren Reichskanzler gegebenen Zusicherungen direkt widerspreche.

v. Kardorff bemerkt, Abg. Richter habe seinerzeit selbst 39 Millionen von den Kosten der Militärvorlage bewilligen wollen.

Richter bestreitet dies; er hätte sich nur für die Höhe der Kosten der zweijährigen Dienstzeit engagirt, und diese höchstens 10 Millionen betragen können.

Damit schließt die Diskussion.

§ 4 wird gegen die Stimmen der wenigen anwesenden Konservativen und Reichsparteiler abgelehnt.

Geno ohne weitere Diskussion der Rest der Vorlage. Die eingegangenen Petitionen werden für erledigt erklärt.

Die Vorlage ist in allen ihren Theilen abgelehnt, eine dritte Lesung findet somit nicht statt.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. Novelle zum Gesetz, betr. den Invalidenfonds; zweite Lesung der heute in erster Lesung erledigten neuen Vorlagen; Wahlprüfungen; Rechnungssachen; Petitionen.

Schluß 3 1/4 Uhr.

## Politische Mundschau.

Deutschland.

In Reichstagskreisen wird der Schluß der Session vor Pfingsten erwartet.

Noch ein erledigter Reichstagsakt. Aus Metz wird der „Frankfurter Zeitung“ das Folgende berichtet: „Der Reichstagsabgeordnete für Metz, Dr. Haas, weist gegenwärtig in Berlin, um bei der zweiten Lesung der Umstürzvorlage im Sinne des Centrums seine Stimme abzugeben. Unmittelbar nach Schluß der Session wird er sein Mandat niederlegen und nach Frankreich verziehen.“ Dr. Haas, der als Elässer kandidirt hatte, wurde mit 9895 Stimmen gegen Liebnecht, der 3458 Stimmen erhielt, und gegen einen antisemitischen Kandidaten, auf den 3407 Stimmen entfielen, gewählt.

Der Antrag Ranitz fordert seine Opfer unter den Landrathen, die da glaubten, sich auch eine Politik gegen den ausgesprochenen Willen der Regierung gestatten zu können. Landrath von Heydebrand und der Lasa, der konservative Landtagsabgeordnete, will, wie das „Volk“ sich von demselben hat bestätigen lassen, sein Amt niederlegen. Er sei vorläufig schon beurlaubt. Als Grund seiner Amtsniederlegung werden dem „Volk“ Gesundheitsrückichten bezeichnet. Doch deutet das Blatt zugleich an, daß Herr v. Heydebrand ein Opfer des Antrages Ranitz geworden sei, weil er für diesen Antrag im Abgeordnetenhaus sich besonders ins Zeug gelegt habe. Nach demselben Blatte soll auch der Abg. v. Kardorff, der vom Landrathsamt in Delz zurücktritt, nicht freiwillig gehen, sondern ebenfalls ein Opfer des Antrages Ranitz sein.

wegen seines parlamentarischen Eintretens für denselben. Darob herrscht im Lager der Agrarier natürlich große Betrübnis und Empörung.

**Bundesrath.** In Ergänzung unseres Berichtes über die letzte Bundesrathssitzung tragen wir noch folgendes nach: Es wurde die Zustimmung erteilt dem Gesetzentwurf wegen Abänderung des Gesetzes über die Gründung und Verwaltung des Reichs-Invalidentfonds — dem Gesetzentwurf über die Ausführung des mit Oesterreich-Ungarn abgeschlossenen Zolltariffs — dem Ausschussantrage, betreffend Ergänzung der Bestimmungen über die Tara — dem Antrage Preussens wegen Zulassung der Privat-Transitlager ohne amtlichen Mitverschuß für Getreide u. — der Vorlage, betreffend die Verwendung von Wermuthpulver zur Salzdenaturierung — sowie dem Antrage auf Erstreckung der den Reichstags-Abgeordneten gewährten Berechtigung zur freien Eisenbahnfahrt u. auf die Zeit vom 1. bis 26. Juni d. J. Von dem Reichstags-Beschluß über die Decharge der Rechnungen der Rasse der Ober Rechnungskammer 1891/92 und 1892/93 wurde Kenntniß genommen. Den zuständigen Ausschüssen wurden überwiesen: Die Reichstags Beschlüsse zu Petitionen über die Abänderung des Unfallversicherungs-Gesetzes und die Vorlage, betreffend die Beschaffung von Wohnungen für die auf Kosten des Reichs zur Abwehr der Rinderpest an der Ostgrenze stationirten Gendarmen. Außerdem wurde über verschiedene Eingaben Beschluß gefaßt.

**Abg. Febr. v. Mantuffel** hat bekanntlich am Mittwoch bei der zweiten Berathung der Umsturzvorlage mit besonderer Lebhaftigkeit es bedauert, daß zur Bekämpfung des Umsturzes ein Börsengesetzentwurf noch nicht vorgelegt worden sei. Anknüpfend daran erinnert die „Voss. Ztg.“, daß in den kürzlich veröffentlichten Tageblättern Theodor v. Bernhardt's von einem Gespräch mit Savigny zu lesen ist, Da sagt — „Die Anfänge der neuen Ära“, Seite 93 — Bernhardt von dem Ministerpräsidenten v. Mantuffel:

Gegen ihn spricht seine Unpopularität — und die hat ihre Gründe. . . Viele wissen, daß er selbst recht gut einseht, wie seine Stellung längst vollkommen würdelos geworden ist, und sie verargen ihm deshalb doppelt, daß er sie nicht aufgibt. Was ihm darin noch besonders in der öffentlichen Meinung und allgemeinen Achtung schadet, ist sein Spielen an der Börse.

„Es soll auf diese Mittheilung nur deshalb verwiesen sein, weil nach der Haltung des Abg. v. Mantuffel und seiner Partei leicht die Meinung entstehen könnte, die Rechte habe nie etwas mit der Börse zu thun gehabt, und wenn die Linke einer Gelegenheitsgesetzgebung gegen die Börse Widerstand leistet, so liege der Grund in ihrer Vertheiligung an Börsengeschäften, an ihrer Verquickung mit Börsenfreien. Wieweilich war es gerade jetzt etwas unvorsichtig von dem Wortführer der konservativen Partei, die Nothwendigkeit des Kampfes gegen die Börse zu betonen; es könnten Enthüllungen folgen, welche der Rechten un bequem wären. — Weshalb diese dunklen Andeutungen? Heraus mit den Namen!

**Die Schraube ohne Ende.** In der „Verl. Korresp.“ lesen wir:

Auf dem Krupp'schen Schießplatze bei Meppen wurden im März und April dieses Jahres vor dem Staatssekretär des Reichs-Marineamts zwei Panzerplatten von derselben Qualität beschossen, wie sie im Dezember vorigen Jahres zum ersten Male in der Stärke von 146 Millimetern versucht worden sind. Die dem diesmaligen Versuche unterworfenen Platten entsprachen in ihrer Stärke von 300 Millimetern denjenigen Platten, welche für die stärksten gepanzerten Stellen des neuen Panzers „Eryx Preußen“ in Betracht kommen.

Beide Platten waren an eisernen Schiffschwänden mit Eichenholz hinterlage aufgestellt.

Die erste Platte erhielt drei Schüsse; eine 28 Centimeter-Stahlgrenate von 234 Kilogramm Gewicht, die mit 555 Millimeter Geschwindigkeit (pro Sekunde) auftraf, sowie zwei weitere Schüsse aus 21 Centimeter K. L/35 mit Stahlgrenaten von 140 Kilogramm Gewicht und 660 bezw. 680 Meter Austriffgeschwindigkeit.

Die mit dem letzten Schuß verfeuerte Granate, welche ebenso wie die beiden vorhergehenden die Versuchsplatte nicht durchschlugen, würde eine Stahlplatte bisheriger Fertigung von 480 Millimeter Dicke glatt durchschlagen haben.

Die zweite Platte erhielt ebenfalls drei Schüsse, aber aus einer 30,5 Centimeter K. L/35.

Die 329 Kilogramm schweren Stahlgrenate trafen mit 532 bezw. 572 und 604 Meter Geschwindigkeit auf's Ziel.

Auch diese Platte wies die Geschosse vollkommen ab; die gehärtete Oberfläche erhielt nur unerhebliche Einbrüche. Im Uebrigen erlitten beide Platten weder Deformationen noch Risse. Durch den enormen Stoß wurde die Eichenholzschichtenlage zum Theil zermalm.

Was hier geleistet wurde, ist bisher unerreicht, und welcher Art der Erfolg ist, geht daraus hervor, daß die mit dem letzten Schuß auf die zweite Versuchsplatte verfeuerte Granate einen Panzer von 500 Millimeter Dicke und der Qualität des bisher gefertigten Stahls glatt durchschlagen haben würde. In dem Kampfe zwischen Geschütz und Panzer ist daher gegenwärtig der letztere im Vortheil, und die deutsche Marine erhält für ihr im Bau begriffenes Schiff „Eryx Preußen“ einen Panzer, der es an den damit versehenen Stellen absolut schlägt.

Auch für den vom Reichstage bewilligten Panzerkreuzer „Eryx Leipzig“ ist das Ergebnis von großer Bedeutung, denn das im Vergleich mit einem Schlachtschiffe wie „Eryx Preußen“ verhältnismäßig schwach gepanzerte Schiff erhält durch die Anwendung dieser Panzerqualität einen Schuß, der es auf mittlere Entfernungen gegen die schwersten Geschosse aller gleichartigen Schiffe und selbst gegen diejenigen der meist jetzt noch modernsten Schlachtschiffe sichern wird.

Ueber den im Dezember vorigen Jahres stattgehabten Stattenversuch bringt Heft 3 der Marine-Rundschau für 1895 genauere Angaben; solche über diesen Versuch werden voraussichtlich bald folgen.

**Großartig!** Also gegenwärtig ist der Panzer dem Geschütz „über“, wie früher das Geschütz dem Panzer „über“ war, und so abwechselnd zurück bis zu den Anfängen des edlen Wettstreites zwischen beiden. Wir zweifeln natürlich bei der enormen Leistungsfähigkeit der Krupp'schen Werkstätten nicht daran, daß demnächst

dort Geschütze hergestellt werden, die auch die neuesten Panzer wieder „glatt durchschlagen“. Dann ist die Reihe wieder am Panzer und so fort mit Grazie. Es ist doch etwas Herrliches um den im Dienste des Militarismus stehenden menschlichen Erfindungsgeist, der sich selbst immer übertrifft und übertrumpft! Nebenbei bemerkt, hat sich Krupp zu einem jährlichen Einkommen von 7 Millionen Mark eingeschätzt. Er kann's also „aushalten“ bei dem interessanten Wettkampf zwischen Panzer und Geschütz, dem indess, wie wir vermuten, die übrigen deutschen Steuerzahler, die nicht 7 Millionen Mark jährlich zu verzehren haben, mit mehr oder minder gemischten Empfindungen zusehen dürften.

Wie der Kriegsminister sieht. Der Herr Kriegsminister behauptete Sonnabend im Laufe der Debatte über das Umsturzgesetz — oder „Militärgesetz“, wie er es, seine Gedankenrichtung verrathend, nannte —, der „Vorwärts“ habe gedroht, ihn — den Herrn Kriegsminister — wie einen tollen Hund niederzuschleifen“. Der Herr Kriegsminister hat, wie der „Vorwärts“ bemerkt, in seiner Aufregung entweder sehr falsch gelesen, oder das Gesehene sehr falsch aufgefaßt. Die Notiz des „Vorwärts“, um welche es sich handelt, findet sich in der Nummer vom 14. Januar d. J.; sie bezieht sich auf die bekannte Scene, in welcher der Herr Kriegsminister den Abgeordneten mit nicht mißzuverstehender Ueherbe „die Spitze seiner Stiefel“ zeigt. Mit Bezug auf diese, von dem damaligen Präsidenten v. Levetzow leider nicht getragene — pantomimische Aeußerung heißt es in der bezüglichen Notiz des „Vorwärts“:

„Die Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstages wird diese Angelegenheit energisch in die Hand nehmen müssen. Was soll werden, wenn Vertreter der Regierung sich im Reichstage derartiges erlauben können? Dann würden wir bald „hinterwäldische“ Sitten haben. Die beleidigten Abgeordneten wären dazu gedrängt, sich ihr Recht selbst zu verschaffen, und der Beleidiger, falls er von seinen Waffen Gebrauch macht, zusammenzuschleifen wie einen tollen Hund. Wäre das wünschenswerth? Also scharfe Disziplinargewalt gegenüber den unparlamentarischen Sitten, die man, seit der Zulassung Caprivi's, im deutschen Reichstage einführen will! —“

Und diese Verwahrung gegen, und Warnung vor „hinterwäldischen Sitten“ soll eine Aufforderung oder Anreizung zu solchen sein? Dieselbe Logik, die dieses behauptet, findet sich auch in den „Motiven“ zum Militärparagrafen des nun glücklicherweise abgehalfterten Umsturzgesetzes. Da brauchen wir nach dem Urheber dieser famosen „Begründung“ nicht länger zu suchen.

Gegen die „Butter des armen Maues“. Der agrarische Antrag gegen die Margarine ist beim Reichstage eingegangen. Es heißt darin:

Das Salzen wie das Färben der Butter ist gestattet; (also Vorsicht bei sogen. „Grasbutter!“) dagegen ist jeglicher Zusatz eines anderen Fettes zur Butter verboten.

Das Färben der Margarine sowie der zur Verwendung zur Margarine kommenden pflanzlichen und thierischen Fette ist verboten.

Der Verkauf und die Aufbewahrung von Margarine darf nicht in solchen Geschäftsbetrieben stattfinden, wo 1) Naturbutter, Butterschmalz und Schmalz oder 2) Kunstfette verkauft werden.

Die Geschäftsräume und Verkaufsstellen, in denen Margarine feilgehalten wird, müssen an in die Augen fallender Stelle eine deutliche, nicht verwischbare Inschrift tragen: „Verkauf von Margarine.“

Die Gefäße und äußeren Umhüllungen, in welchen Margarine gewerbsmäßig verkauft oder feilgehalten wird, müssen an in die Augen fallender Stelle eine deutliche, nicht verwischbare Inschrift tragen, welche die Bezeichnung „Margarine“ enthält.

Wird Margarine in regelmäßig geformten Stücken gewerbsmäßig verkauft, so müssen dieselben von Würselform sein, auch muß denselben die vorbezeichnete Inschrift eingedrückt sein.

Bäcker und Konditoren sind verpflichtet, sofern die Margarine und Kunstfette zur Herstellung ihrer Backwaren verwenden, dies durch Anschlag in ihren Back- und Verkaufsräumen bekannt zu machen.

Mit Geldstrafe bis zu sechs Monaten und mit einer Geldstrafe bis eintausendfünfhundert Mark, soweit nach dem allgemeinen Strafgesetze nicht eine höhere Strafe verurteilt ist, wird bestraft, wer zum Zweck der Täuschung im Handel und Verkehr 1) zur Herstellung von Butter, Butterschmalz und Schmalz, Margarine oder Kunstfette zumischt, 2) zur Herstellung von Margarine, Butter, Butterschmalz und Schmalz, oder Kunstfette zumischt, 3) zur Herstellung von Käse Margarine oder Kunstfette zumischt.

Urtheile in Gemäßheit dieses Paragraphen sind von der Polizei unter Angabe des Namens der Schuldigen und der Art des Vergehens bekannt zu machen in einer zu dem betreffenden Bezirke am meisten verbreiteten Zeitung.

Ueber eine Soldatenmißhandlung berichtet die „N.-Ztg.“ aus Weimar. Der Rekrut Körber der 2. Kompagnie des 1. Bataillons Infanterie-Regiments Nr. 94 in Weimar hat sich in Folge Mißhandlung aus seiner Garnison entfernt und zu seinen Eltern nach Dorndorf a. N. begeben. Von hier ist er auf Veranlassung der Eltern zur ordnungsmäßigen Behand-

lung der Angelegenheit durch Vermittelung des Bürgermeisters seiner vorgesetzten Militärbehörde wieder zugeführt worden. Körber, der eine lahme Hand hat, giebt an, daß er bei einer Schießübung aus Unermüdung nicht habe schießen können. Als Folge davon habe die Korporalschaft nachgezerrt müssen. Nach Beendigung des Nachgezerrtens habe der Unteroffizier gesagt: Ihr Leute, dieses Kerls wegen müßt ihr nachgezerrt, haut ihn mal tüchtig durch.“ Er sei darauf in Gegenwart des Unteroffiziers von zwei Leuten mit Kloppspeichen derart bearbeitet, daß Rücken, Arme, Hände und Ohren die Spuren der brutalen Behandlung noch nach Tagen hätten erkennen lassen. Statt den Vorfall nun zu melden, hat sich Körber vor weiteren Qualereien entfernt.

Das Pferd am Schwanz aufgezaunt, haben wieder einmal die Antisemiten. Eine von etwa 1000 Personen besuchte antisemitische Versammlung in Berlin beschäftigte sich nämlich mit der Petroleumfrage. Anwesend waren die Abgg. Iskraut, Zimmermann, Professor Paul Förster, Bindewald und Gräfe. Es wurde nun nach Referaten dieser Abgeordneten eine Resolution beschloffen, in welcher es als Aufgabe des Staates betrachtet wird, die Bildung von Trusts und Ringen zu verhindern und in welcher die Verstaatlichung des Einfuhrhandels mit Petroleum gefordert wird. Statt zu begreifen, daß die Trust- und Ringbildung lediglich eine Erscheinungsform des Kapitalismus ist, der kein Gesetz so leicht beikommen kann, fordern die Antisemiten Verbote dieser Formen. Ueber die Stellung der Sozialdemokratie zur Trustbildung sind unsere Leser durch das meisterhafte Referat Schippels auf dem letzten Parteitage genügend orientiert. Nicht zu verbieten sind Trusts und Kartelle, sondern ihre Wirkungen sind lediglich durch gesteigerten Arbeiterschutz, durch vollständige Koalitions- und Vereinsfreiheit, durch Demokratisierung der Reichs-, Staats- und Gemeinde-Verwaltungen mildern.

### Schweiz.

Streiks, die länger als zehn Tage dauern, scheinen in der Regel für die Streitenden verloren zu sein, so schreibt die „Frk. Ztg.“, und sie hat nicht Unrecht. Das zeigen die Streiks in Basel und in Solothurn. In der ersten Stadt, wo 2400 Maurer streikten, dauerte der Ausstand nur 6 Tage. Mit einem festen Plan, mit bestimmten Zielen und unter dem Zeichen starrer Disziplin brach er aus, obgleich von den 2400 Maurern kaum 300 organisiert waren. Die Baumeister verweigerten hartnäckig jegliche Unterhandlung, aber durch den Druck der öffentlichen Meinung gezwungen und vermöge des festen Zusammenhalts der Arbeiter mußten die Arbeitgeber kapitulieren und die Forderung der zehnstündigen Arbeitszeit und des Minimallohnes von 5 Fr. für tüchtige Maurer anerkennen. Der Streik der Uhrenarbeiter im Kanton Solothurn schleppt sich träge dahin; obwohl von den Streitenden noch nicht aufgegeben, ist er thatsächlich doch verloren, da der Geschäftsgang in der Uhrenindustrie verflaut ist und die Unterstützungen spärlich einkaufen.

### Cuba.

Der Aufstand auf Cuba ist trotz aller spanischen Ablehnungsversuche noch recht kräftig. Neuerdings haben die Aufständischen den spanischen Truppen sogar eine entscheidende Niederlage beigebracht. Nach einem Telegramm aus Tampa hat der cubanische Insurgentenführer Gomez am 6. ds. Mts. bei Gudimaro einen glänzenden Sieg über die Spanier davongetragen, welche er mit 3000 Reitern angriff und völlig in die Flucht schlug. Von den Spaniern wurden 300 getödtet und verwundet, die Insurgenten verloren 700 Mann. Die Hospitäler auf Cuba sollen angelich mit Verwundeten, Fieber- und Bodenkranken gefüllt sein. Die „Central News of Germ.“ verbreitet ferner eine Drahtnachricht aus Havana, wonach die Aufständischen Cane angegriffen und drei Eisenbahnbrücken zwischen Cristo und San Luis zerstört haben. Offizielle Telegramme aus Madrid leugnen natürlich die Richtigkeit der Nachrichten. Das wird jedoch kaum Jemand in seinem Glauben daran beeinträchtigen.

## Lübeck und Umgegend.

14. Mai.

**Metallarbeiter-Versammlung.** Morgen, Mittwoch Abend, findet im Lokale des Herrn Neumann, „Berliner Hof“, Fünfhausen, eine öffentliche Versammlung aller in der Metall-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt. Die Tagesordnung: „Die Erweiterung des Fabrik-Inspektors“, Referent C. Kohrloch-Berlin, ist auch für Nicht-Metallarbeiter interessant. Da schon lange keine derartige Versammlung stattfand, so dürfte auf einen guten Besuch der Metallarbeiter zu rechnen sein!

**Nauchverbot.** Auf dem Plage der Deutsch-Nordischen Handels- und Industrie-Ausstellung auf Marli ist, nach einer Verordnung des Polizeiamtes, außerhalb der öffentlichen Straßen das Rauchen, sowie das Betreten desselben mit brennender Pfeife oder Cigarre verboten. — Den Weisungen der Polizeibeamten und der für den Ausstellungsplatz bestellten Aufseher ist unbedingt Folge zu leisten. Uebertretungen werden mit Geldstrafe bis zu Mk. 60, — oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

**Germanischer Lloyd.** Nach den Listen des Germanischen Lloyd sind in der Zeit vom 1. bis 8. Mai 1895 folgende Seeschäden gemeldet worden: Total-Verluste 16, davon 3 Dampfer und 13 Segelschiffe, 101 Beschädigungen, davon 61 Dampfer und 40 Segelschiffe, zusammen 117.

**Eintragungen in das Handelsregister.** Am 10. Mai 1895 ist eingetragen auf Blatt 1839 die Firma: Ernst Köster. Ort der Niederlassung: Lübeck. Inhaber: Heinrich Ernst Friedrich Köster, Kaufmann und Fabrikant in Lübeck; auf Blatt 1832 bei der Firma Hansen u. Bornholdt: Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen.

**Testamentsverlesungen.** In öffentlicher Sitzung des Amtsgerichts Abth. I am Donnerstag den 16. Mai 1895, Vormittags 11 Uhr, werden verlesen werden: 1. das gegenseitige Testament des hieselbst am 24. April 1895 verstorbenen Privatmanns G. W. A. Riesewetter und seiner Ehefrau F. R. Ch. geb. Bevilacqua; 2. das Testament des am 14. April 1895 in Albstelbe verstorbenen Erbpächters F. H. A. Kallies.

**Aus dem Polizeibericht.** Obwohl wiederholt darauf hingewiesen ist, daß die Geleise der Straßenbahn frei zu halten (!) sind, so mußte doch kürzlich ein Kaufmannslehrling in Strafe genommen werden, weil er muthwillig (!) vor einem heranziehenden Wagen vorüberlief und von diesem beinahe umgefahren wurde, obwohl der Wagenführer vorher wiederholt das Stoppszeichen gegeben hatte.

**Im amtsgerichtlichen Zwangsversteigerungstermin** am Sonnabend wurde die Landstelle des F. D. F. Rasch zu Rüdnitz aufgeboten. Dieselbe, 52 Hektar groß, war mit 28 745 Mark beschwert. Die Einschlagsumme betrug 24 010 Mark. Da kein höheres Gebot erfolgte, wurde der Zuschlag dem Subhastanten, Konsul H. A. C. Krohn, für diesen Preis erteilt.

**Ueber die Besichtigung des Rathhauses** wird offiziös im Amtsblatte geschrieben: Die inneren, für den Senat, den Bürgerausschuß, die Bürgerschaft, die Börse bestimmten Räume des Rathhauses werden seit ihrer neueren Gestaltung von Fremden als Sehenswürdigkeiten der Stadt immer häufiger aufgesucht. Man hat solcher Besichtigung bisher keine Schranken gezogen, sie aber auch nicht durch besondere Einrichtungen begünstigt. Hieraus haben sich mancherlei Mißstände ergeben, die angesichts des in diesem Sommer zu erwartenden größeren Fremdenverkehrs zu dem Versuch geführt haben, für die Besichtigung der geschlossenen Räume des Rathhauses gleichartige Einrichtungen zu treffen, wie sie in anderen Rathhäusern unter ähnlichen Verhältnissen bestehen. — Für die Besichtigung der inneren Räume ist die Führung durch einen Angestellten unerlässlich, der in geeigneter Weise die von den Besuchern gewünschten Erklärungen zu erteilen, zugleich aber auch muthwillige Beschädigungen zu verhindern vermag. Für die hieraus entstehenden Kosten ist eine angemessene Entschädigung durchaus gerechtfertigt und überall üblich. Sie aus der Form des dem Belieben der Einzelnen überlassenen Trinkgeldes in eine festbestimmte Vergütung umzuwandeln, entspricht dem Interesse der Besucher. — Es ist daher in Aussicht genommen, vom 15. Mai an die geschlossenen Räume des Rathhauses täglich von 10 bis 3 Uhr der Besichtigung in Begleitung eines angestellten Führers zu eröffnen. Hierfür sind auf der Flur des Rathhauses Eintrittskarten zum Preise von 30 Pfg. für die Person zu lösen. Rücksichten auf die Kontrolle machen eine verschiedene Bemessung des Preises der Eintrittskarten nicht thunlich. Größeren Vereinen oder geschlossenen Gesellschaften aber wird auf vorgängige Meldung eine Ermäßigung zu Theil werden.

**Unfälle auf dem Ausstellungspalast.** Am Freitag stürzte bei der Haupthalle der Zimmermann A. Steinemann aus Zürich (Schweiz) herab. Derselbe trug erhebliche Verletzungen am Knie davon, indem er auf einen eisernen Hammer fiel. St. liegt im Krankenhaus. — Am Sonnabend verunglückte an dem Gebäude der Kulmbacher Bierhalle der Zimmermann Kleinfeld von hier. Derselben fiel ein Lattenhammer mit der Spitze auf die Hand. Kl. mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. — Am Haupt-Restaurationsgebäude verunglückte Montag Vormittag der Zimmermann Pott aus Wasebohl bei Stavenhagen (Mecklenb.) in Folge Niederbrechens des Gerüstes. P. scheint erhebliche Verletzungen im Kreuze davongetragen zu haben; er wurde mittelst Droschke in das Allgemeine Krankenhaus befördert. — Es wird nun höchste Zeit, daß das Ausstellungskomitee für ausreichende Hülfen am Plage sorgt. Arbeiterknochen sind doch kein „Schindluder“.

**Strafkammer.** Sitzung vom 11. Mai. Vom schöffengericht der Schlachter B. am 26. März d. J. wegen schwerer Körperverletzung zu 4 Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Gegen dieses Urtheil hat der Angeklagte Berufung eingelegt. B. war am 19. Februar d. J. auf dem hiesigen öffentlichen Schlachthause mit einem anderen Schlachter in Streit gerathen. Bei dem infolge desselben entstandenen Handgemenge verletzte B. seinen Gegner mit einem Messer derartig, daß dieser sofort ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Stich wurde mit

einem langen Schlachtermesser ausgeführt und nur dem Umstande, daß das Messer an einer Spitze des Verletzten abglitt, war es zu danken, daß die Verletzung nicht lebensgefährlich war. Es wurden in der heutigen Verhandlung fünf Zeugen vernommen. Die Berufung wurde jedoch auf Antrag des Staatsanwaltes als unbegründet verworfen.

**Öffentliche Volksversammlung.** Am Sonnabend den 11. Mai Abend 8 1/2 Uhr fand im Walfenhof eine öffentliche Volksversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: „Ringe, Trusts und Kartelle“. Genosse Bartels hatte zu diesem Thema das Referat übernommen und entledigte sich seiner Aufgabe in einem ca. einstündigen Vortrage zur Zufriedenheit der Anwesenden. Leider war die Versammlung nicht so zahlreich besucht, wie man bei einem derartig wichtigen und interessanten Vortrage erwarten sollte. Eine Diskussion fand nach dem Vortrage nicht statt und wurde die Versammlung nach einem kurzen Schlußwort des Referenten geschlossen.

**Auf Grund gerathen.** Als am Sonntag Mittag der Dampfer „Marie Louise“ nach St. Petersburg abgehen sollte, stellte sich heraus, daß derselbe auf Grund lag. Dem Schleppdampfer „Trave“ gelang es jedoch, die „Marie Louise“ flott zu machen; der Dampfer ging vorne 13 und hinten 14 Fuß tief. Selbst mitten im Fahrwasser schien die Schraube noch den Grund zu berühren, wenigstens deutete ein schwarzer Streifen, der sich im Kielwasser zeigte, auf diesen Umstand hin. Eine Ausbaggerung des ganzen Fahrwassers wäre daher jedenfalls sehr angebracht.

**Kensfeld.** Blutige Fronie! Am Sonntag Nachmittag hatten die Feuerwehren aus Kensfeld, Schwartau, Gr. Parin und Stodelsdorf eine gemeinsame Übung abgehalten und zwar hatten sie sich als Übungsfeld das Wöltchensche Gewese ausgesucht. Wenige Stunden später mußten sie ernstlich die Löscharbeit an denselben Gebäuden aufnehmen. — Wir wir noch mittheilen wollen, vermuthet man böswillige Brandstiftung.

**Travemünde.** In den „Lüb. Anz.“ ist jemand sehr darüber erbozt, daß die Gemeinde-Vertretung für den Delegirten des Krieger-Verbandes Lübeck, der hier am 26. d. Mis. stattfindet, keinen Heller bewilligt hat. Weshalb die Aufregung? Wir glauben, daß Travemünde seine Steuergroschen besser gebrauchen kann als gerade für Krieger-Vereinsfeste. Die finanziellen Verhältnisse Travemünde sind doch wahrlich nicht derartig, daß man die Steuergroschen nur so zum Fenster hinauswerfen könnte!

**ab. Travemünde.** Am Montag Nachmittag brachten die Arbeiter des Bauern H. aus Wilmisdorf zwei Fuder Buschholz nach hier. Während die Leute das Holz an seinen Bestimmungsort beförderten, sprach ihr Herr tapfer dem edlen Raß zu und wurde dann auch bald sehr heiter. Als man ihm aber nicht so recht mehr einschalten wollte, setzte er sich, wie auch einer seiner Knechte, zu Pferde und beide ritten in der Vorderreihe zur Abwechslung auf dem Trottoir spazieren. Bald wurden sie von dem Schutzmann angehalten und H. in unserm schönen Schloß St. Andreas inquartiert, wo er seinen Rausch ausschlafen und sich seiner kühnen That befinnen konnte. — Der Milchhändler Timm aus Teutendorf sprang am Sonnabend in der Vorderreihe vom Wagen und fiel dabei so unglücklich, daß er allem Anschein nach einen Beinbruch erlitten hat. Der Arzt stellte jedoch glücklicherweise nur eine starke Verrentung des linken Beines fest. — Eine Verkehrsstörung fand am Sonntag zwischen Niendorf und hier dadurch statt, daß die Deichsel von dem schwer beladenen Wagen des Herrn Krellenberg von hier zerbrach, als er in die Straße einbiegen wollte. Es kostete viele Mühe, das Hinderniß aus dem Wege zu räumen.

**Ährenböf.** Folgenden Vorfall meldet man von hier der „E. Z.“: Ein Knecht, welcher seinen Herrn auf der Dorfstraße in Grebenhagen durch Schimpfwörter beleidigte, hätte wegen dieses Vergehens vom Gerichte mit Haftstrafe bestraft werden können. Dieses wollte aber sein Herr nicht gern, und wurde die Strafe wie folgt vereinbart: Er, der Knecht, mußte Sonntag Vormittag 7 Uhr, im Beisein von seinem Vater und dem beleidigten Landmann H. folgende Wörter auf der Dorfstraße rufen: „Ich heff min Herrn beleidigt und näm dat all werter trügt, und danke för gnädige Straf, min Herrschaften sünnt gube Lüt.“ Selbstverständlich hatte diese mittelalterliche Prozedur alle Dorfbewohner sowie viele Leute der nächsten Umgegend herbeigelockt. — Daß der Beleidiger die Worte zurücknahm, war nur anscheinend; daß man ihn aber unter so entwürdigenden Umständen dazu zwang, war geradezu gemein. — Es war ja „nur“ ein „Knecht“!

**An der Ostmündung des Nordostsee-Kanals** sind jetzt 1000 bis 1200 Personen mit der Vollendung des Baues beschäftigt. Ein Theil der Arbeiten wird Tag und Nacht fortgeführt, und am Sonntag (!) tritt keine vollständige Ruhe ein.

**Obesloe.** Sonntag Vormittag gegen 9 Uhr fand beim Klempnermeister Busch durch Explosion eines Petroleumlochers ein Feuer statt, welches erheblichen Schaden anrichtete.

**Hamburg.** Selbstmorde von Kindern. Nachdem sich hier erst vor einigen Tagen ein 12jähr. Knabe aus Furcht vor Strafe erhängt hat, ist aus dem benachbarten Wandsbek von dem Selbstmord eines Mädchens zu berichten. Dort wurde die Leiche der hübschen 14jährigen Tochter eines Hausmalters aus dem Mühlenteich gezogen. Sie hatte sich Morgens auf den Weg zur Schule begeben und muß sich gleich darauf in den Teich gestürzt haben.

**Italien in Hamburg.** Am Sonnabend Nachmittag um 3 Uhr wurde die Ausstellung auf dem Heiligengeistfelde offiziell eröffnet. Vorher schon, Mittags 12 Uhr, waren auf Einladung Mitglieder des Senats, der Bürgerschaft, die Spitzen der Behörden und Vertreter der Presse erschienen und wurden dann, nach einer kurzen Ansprache des Direktors Kodeck, zu einem Rundgang durch die Ausstellung eingeladen. — Wie das „Echo“ bemerkt, ist die Ausstellung äußerst interessant.

### Versammlung der Bürgerschaft.

Der Vorsitzende eröffnet um 10 1/4 die Versammlung und theilt mit, daß der Senat in der Zahl von 13 Mitgliedern versammelt sei; es seien demnach auch 13 Wahlbürger zu wählen. Nachdem hierzu Vorschläge gemacht waren, wurde vom Vorsitzenden ein Schreiben des Senats, enthaltend den Spruch der Entscheidungskommission, verlesen und darauf die Versammlung bis 11 1/2 Uhr vertagt.

Zu Wahlbürgern wurden folgende Mitglieder der Bürgerschaft gewählt: J. H. Evers, Jürgens, Posch, Th. Sartori, Stotterfoß, Fußt, Harms, Meinde, Dr. Müller, Fr. Sartori, Dr. Schorer und Dr. Wichmann. Die Wahlmänner begaben sich nunmehr mit den Kommissoren zur Bildung der drei Wahlkammern in den Senatsaal. Die erste Wahlkammer bildeten Senator Dr. Klugmann, Senator Deede, H. J. Evers und Dr. Schorer. Die zweite Wahlkammer setzte sich aus den Senatoren Dr. Mittscher und Dr. Brehmer, den V. M. Posch und Dr. Wichmann zusammen. Die dritte bestand aus den Senatoren Dr. Eichenburg und Eichenburg, den V. M. Fr. Sartori und Stotterfoß.

Wir wir bereits gestern mittheilten, einigten sich die Kammern verhältnismäßig auf die Wahl des Herrn Dr. Schön. Nunmehr erhielt der reichende Diener Jernhagen vom präsidenten Bürgeremeister, Senator Dr. Behn, den Auftrag, sich in das am Lindenplatz 12 belegene Haus des Ersten Staatsanwalts Dr. Schön zu begeben, ihm zu sagen, daß er zum Senator der freien und Hansestadt Lübeck erwählt sei und ihn zu fragen, ob er die Wahl annehme. Jernhagen fuhr mit dem reichenden Diener Schütt sofort hinaus und überbrachte nach kurzer Zeit den Bescheid, daß Dr. Schön die Wahl zum Senator annehme. Darauf fuhren die Mitglieder des Senats in Gala-Equipagen nach dem Hause des neuen Senators, um ihn zu begrüßen. Der neu erwählte Senator, Dr. Ernst Christ. Johs. Schön wurde, wie wir dem Amtsblatt entnehmen, am 24. Juni 1843 zu Lübeck geboren und nach Beendigung seines Studiums im Jahre 1868 als Advokat hieselbst angenommen. Im Jahre 1872 wurde er zum Archivar der Bürgerschaft erwählt und am 1. Oktober 1879 vom Senate zum ersten Staatsanwalt ernannt, als welcher er bis zu seiner Wahl zum Senator thätig war. Der Bürgerschaft gehörte Senator Dr. Schön seit dem Jahre 1881 an und während dieser Zeit auch vorübergehend dem Bürgerausschuß. Weiter fungirte er als Staatskommissar bei den Rechtsverhandlungen der hanseatischen Versicherungs-Anstalt für Invaliditäts- und Altersversicherung und als Bankjurist für hiesigen Reichsbankstelle. Neben seiner juristischen Thätigkeit wirkte Herr Senator Dr. Schön auch viel auf gemeinnützigem Gebiete. — Er war der Würdige von Allen, die in Aussicht standen, als Senator gewählt zu werden. Wir sind zufrieden mit seiner Wahl — soweit von unserem Standpunkte aus die Rede davon sein kann. Obwohl der nationalliberalen Partei angehörend, hat sich Herr Dr. Schön, soweit uns bekannt, niemals in seinen Plaidoyers irgend welcher Ausfälle erlaubt, wie dies von anderer Seite mehrfach geschehen ist. Er stellte stets die Objektivität über das subjektive Empfinden, und wer zurückblickt auf seine Thätigkeit — wir hatten nur Gelegenheit, dieselbe während des letzten Jahres zu beobachten — wird finden, daß sich seine Strafentwürfe auf ein weißes Laas beschränkten, und daß sie nicht die Ausgeburt einer augenblicklichen Laune waren.

### Neueste Nachrichten.

**Köln.** Bei der gestrigen Reichstagswahl erhielt Greiß (Z.) 10206, Dr. Lütgenau (SD.) 7368 und der nationalliberale Kandidat 3942 Stimmen. Stichwahl zwischen Greiß und Lütgenau.

### Angelkommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.

**Angelkommen:**  
Montag, den 13. Mai.  
1,15 N. Ebenezar, Rahmussen, von Fehmarn in 1 Tg.  
1,45 N. D. Stadt Lübeck, Krause, von Memel in 51 Std.  
2,35 N. D. Ruba, Lohmer, von Königsberg in 40 Std.  
2,50 N. D. Deutschland, Ohlson, von Riga in 50 Std.  
**Dienstag, den 14. Mai.**  
3,45 N. D. J. P. Dillberg, Bergh, von Kopenhagen in 12 Std.  
4.— N. D. Gauthiod, Rydell, von Stockholm in 40 Std.  
4.— N. D. Behr Brahe, Bergmann, von Hangö in 59 Std.  
4,20 N. D. Sghkusten, Dellgreen, von Karlskrona in 22 Std.  
7,40 N. D. Adler, Fischer, von Wismar in 4 Std.  
**Montag, den 13. Mai.**  
7,15 N. D. Rajaden, Gulten, nach Kopenhagen.  
8,50 N. D. St. Petersburg, Lange, nach Königsberg.  
9,30 N. D. Dana, Johannsen, nach Stockholm.  
**Schiffsbewegung in der Ostsee.**  
D. Ruba ist am 11. Mai von Königsberg auf hier abgedampft.  
D. Helzig ist am 12. Mai in Kronstadt angekommen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübecker Volksbote“ inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Gute gelbkochende  
**Magnum bonum-Kartoffeln**  
empf. F. Behrens, Marlesgrube 35.

Zu vert. 1 echter schwarzer Löwenkopf  
1 Jahr alt. J. Hamann, Adlerstr. 33 b.

Ein Schant-Neol mit 6 ovalen Fässern  
zu verkaufen. J. Hamann, Adlerstr. 33 b.

Durch Zufall Knaben-Auzüge und Hüte,  
passend für Knaben im Alter von 4—5 Jahren,  
zu verkaufen Näh. in der Exped. d. Bl.

Zu verkaufen 2 Kanarienvögelchen.  
C. Trossin  
Ede Mühlenstr. und St. Annenstr.

Gegen comptante Zahlung eine Partie ge-  
brauchte Mobilien billig zu verkaufen.  
Heinr. Rake, Marlesgrube 44.

Zu vermieten ein Zimmer an einen Herrn  
über Dame.  
Gundelstraße 8.

Eine Wohnung, 2. Etage, zu verm.  
Preis 160 Mk. Rosenstraße 8.

Gef. 1 Tischlerlehrling.  
P. Markmann, Spillerstr. 15.

Kraft. Laufbursche außer der Schulzeit  
gesucht. Fackenburg Allee 10.

Musikant von ff. Sanja-Bier  
Seidel 10 Pf.

in meiner durch Umbau vergrößerten Bierstube  
Ginter der Burg.  
Achtungsvoll H. Stoll.

**W. Simm**  
empfiehlt

garnirte Damen- u. Kinderhüte  
sowie sämtliche Putzartikel

zu den  
billigsten Preisen.

**16 Balauerjohr 16.**

**Cigarren**  
en gros & en détail empfiehlt billigst

C. Manzel, Fleischhauerstr. 89.

**Empfehle sehr billig zur Sommer-Saison:**

**Gütsche Kleiderstoffe**, m v. 68 Pf. an  
**Reizende Cattune** in großer Auswahl m v. 82 Pf. an  
**Sonnenschirme**, Std. v. 1,15 Mk. an  
**Wagendecken** v. 1,02 Mk. an  
**Schlafdecken** v. 1,88 Mk. an  
**Stoppdecken** v. 2,95 Mk. an  
**Handschuhe** von 12 Pf. an  
**Strümpfe** von 12 Pf. an  
**Arbeiterhänden** von 98 Pf. an  
**Couristen- u. Sport-Banden** von 98 Pf. an

**Durch die beständigen Preis-Rückgänge in Baumwollen- und Leinen-Artikel**

war ich in der Lage, meine Auszeichnungen noch mehr zu reduzieren.

**Betten, Bett-Artikel und Bettfedern etc.** sind dadurch augenblicklich **billig zu kaufen.**

**Otto Albers Lübeck**  
 13 Kohlmarkt 13  
 Baarverkaufslokal für Manufacturwaren.

**25 Marlesgrube 25 Reich**

haltigstes Lager aus nur besten Materialien sauber gearbeiteter Möbel, Spiegel und Polsterwaren. Große Auswahl. Mäßige Preise. **Ganze Ausstattungen v. 125 Mk. an**

Complete Zimmereinrichtungen in eleganter Ausführung zu allen Preisen stets in großer Auswahl vorrätig. **Ansicht gerne gestattet.**

**25 Carl Folckers 25**

Marlesgrube Möbel-Magazin. Für dauerhafte Arbeit leiste völlige Garantie.

**Nach wie vor** gelangt **Mittwoch Donnerstag Freitag** ein kleiner Posten **Herren-Sommer-Anzüge**

für den geringen Preis von **Mk. 7,50** zum schnelligsten Verkauf.

**Lübeck's** erstes u. größtes Kaufhaus für Herren- und Knaben-Garderoben in nur guten Fabrikaten.

**Louis Joseph Breitestraße 60a Eckhaus.**

**Kartoffeln** in großer Auswahl a-froh von 40 Pf. an, sackweise billiger. **H. H. Jaacks, Untertrave 114.**

# Für Magenleidende!

Allen denen, die sich durch Erkältung oder Ueberladung des Magens, durch Genuß mangelhafter, schwer verdaulicher, zu heißer oder zu kalter Speisen oder durch unregelmäßige Lebensweise ein Magenleiden, wie:

**Magenkatarrh, Magenkrampf, Magenschmerzen, schwere Verdauung oder Verschleimung**

zugezogen haben, sei hiermit ein gutes Hausmittel empfohlen, welches in Folge eigenartiger und sorgfältiger Zusammensetzung von Kräuterküsten auf das Verdauungssystem eine anregende, stärkende und belebende Wirkung ausübt und dessen Heilkraft sich bei Krankheiten, die aus „schlechter Verdauung“ und hieraus entstandener fehler- und mangelhafter Blutbildung hervorgegangen sind, vorzüglich bewährt hat. Es ist das seit Jahren durch seine ausgezeichneten Erfolge rühmlichst bekannte

**Verdauungs- und Blutreinigungsmittel, der Hubert Ulrich'sche Kräuter-Wein.**

Dieser Kräuter-Wein, aus vielfach erprobten und heilkräftig befundenen Kräuterküsten mit gutem Wein bereitet, ist das beste Verdauungsmittel; derselbe ist kein Abführmittel, sondern stärkt und belebt den ganzen Verdauungsorganismus des Menschen. Kräuter-Wein schafft eine regelrechte naturgemäße Verdauung nicht allein durch vollkommene Lösung der Speisen im Magen, sondern auch durch seine anregende und lüthende Wirkung auf die Säftebildung. Derselbe beseitigt alle Störungen in den Blutgefäßen, wodurch das Blut von allen verdorbenen krankmachenden Stoffen gereinigt wird, und wirkt fördernd auf die Neubildung gesunden Blutes.

Durch rechtzeitigen Gebrauch des Kräuter-Weins werden solche Magenübel meist schon im Keime erstickt, man sollte also nicht säumen, seine Anwendung allen anderen scharfen, ätzenden, Gesundheit zerschädlichen Mitteln vorzuziehen. Alle Symptome, wie: **Kopfschmerzen, Aufstoßen, Sodbrennen, Blähungen, Uebelkeit mit Erbrechen**, die bei **chronischen (veralteten) Magenleiden** um so heftiger auftreten, werden oft nach einigen Mal Trinken beseitigt und um so freundiger wird man damit fortfahren bis zur vollkommenen Genesung.

**Bei Stuhlverstopfung**, wo die verbrauchten, vertrockneten, zum größten Theil in Fäulnis übergegangenen Stoffe, **Schmerzen, Herzklopfen, Schlaflosigkeit**, sondern auch **Blutauflösungen in Leber, Milz und Pfortader-system (Hämorrhoidalleiden)** verursachen, schwächen Abführmittel den Magen, zerstoren die Verdauungssäfte und verschlimmern das Uebel je länger je mehr. Kräuter-Wein aber **behebt alle Unverdaulichkeit**, verleiht dem Verdauungssystem einen Aufschwung und entfernt durch einen leichten Stuhl alle untauglichen Stoffe aus dem Magen und Gedärmen, ohne ein Abführmittel zu sein!

**Hageres, bleiches Aussehen, Blutmangel, Entkräftung**, meist die Folge schlechter Verdauung, mangelhafter Blutbildung und eines krankhaften Zustandes der Leber. Bei **gänzlicher Appetitlosigkeit**, unter **nervöser Abspannung und Gemüthsverfinsternung**, sowie häufigen **Kopfschmerzen, schlaflosen Nächten**, fiebern oft solche Kranke langsam dahin. Kräuter-Wein steigert den Appetit, befruchtet die Verdauung und Ernährung, beschleunigt und verbessert die Blutbildung, regt den Stoffwechsel kräftig an, beruhigt die erregten Nerven und schafft den Kranken in Folge ausgiebiger Ernährungsfähigkeit **gesundes Blut, neue Kräfte und neues Leben**. Zahlreiche Anerkennungen und Dankschreiben beweisen dieses.

**Gebrauchsanweisung** ist jeder Flasche beigegeben.

Kräuter-Wein ist zu haben in Flaschen à Mk. 1,25 und 1,75 in Lübeck in den Apotheken (Depôts: Ueber, Löwen- u. Sonnen-Apothek) und in Reinfeld, Odesloe, Schönberg, Radeburg, Ahrensbö, Schwartau, Travemünde, Gleschendorf, Gutfeld, Daffow, Grevesmühlen, Nehna, Blankensee, Nusse, Mölln, Trittau, Ahrensbürg, Segeberg, Neustadt, Blü, Lütjenburg, Oldenburg i. S., Neumünster, Heiligenhafen, Eismar, Altona, Hamburg u. s. w. in den Apotheken.

Auch versendet die Firma „Hub. Ulrich, Leipzig, Weststraße 82“, 3 und mehr Flaschen Kräuterwein zu Originalpreisen nach allen Orten Deutschlands porto- und listefrei.

Mein Kräuter-Wein ist kein Geheimmittel; seine Bestandtheile sind: Malagawein 450,0, Weinsprit 100,0 Glycerin 100,0, destillirtes Wasser 240,0, Ebereschafel 150,0, Kirschbalt 320,0, Fenchel, Anis, Helenenwurzel, amerik. Kraftwurzel, Guaiacwurzel, Kalmuswurzel aa 10,0.

## Großer Schuhwaaren-Ausverkauf!

Wegen Räumung meines kolossalen Lagers, verkaufe von jetzt an alle auf Lager befindlichen **Herren-, Damen- und Kinder-Stiefel**, von den feinsten bis zu den gewöhnlichsten Sorten zu enorm billigen Preisen.

Eine große Parthie **Damen-Stiefel** von Nr. 36—38, so lange der Vorrath reicht, von Mk. 2,50, mit Lackblatt von Mk. 3 an. **Filzschuhe** zu jedem Preise.

Hochachtungsvoll  
**J. Möllendorff,**  
 Holstenstraße 9.

## Grosse Auction

am **Mittwoch den 15. Mai** Morgens 9 Uhr und Nachm. 2 1/2 Uhr anfangend  
**41 Hundestraße 41**

über: Mobilien, Betten und 2 schlaf. Bettstellen, Kommoden, 1 schweres Bügeleisen f. Schneid ein 4 räderiger Wagen mit Kasten für Baumtnehmer, diverse Galanteriewaaren, ein **groß Posten Herren- und Damen-Fußzen** sowie Kinder-Schuhe und lederne Herren- u. Damen-Pantoffeln, ein goldener Siegelring u. diverse Schmuckfachen und vieles Andere mel **der** Zusendungen werden entgegengenommen

**Hundestraße 8. J. C. B. Schmehl,**  
 Auktionator und Taxator.

## Bekanntmachung!

Hiermit den Parteigenossen zu Kenntniß, daß die in der letzten Parteiversammlung gewählte Commission sich konstituiert hat und alle Beschwerden an untenstehende Adresse schriftlich einzureichen sind.

**Gustav Kähler**  
 Augustenstraße 13 a, 1. Etg.

## Mitglieder-Versammlung

der **Hafenarbeiter Lübeck's**

am **Mittwoch den 15. Mai** Abends 8 1/2 Uhr im Lokale des Herrn **W. Neumann** (Berliner Hof).

**Tages-Ordnung:**

1. Die Bedeutung der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung. (Hof. Gen. Friedrich)
2. Kartellbericht.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

## Öffentl. Versammlung

aller in der **Metall-Industrie** beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen

am **Mittwoch den 15. Mai** Abends 8 1/2 Uhr bei **Neumann, Berliner-Hof, Fünfschäusen**

Tages-Ordnung:  
**Die Erweiterung d. Fabrikinspektors**  
 Referent **C. Rohrlack**, Berlin.  
 Um zahlreiche Theilnahme ersucht  
 Der Einberufer.

# Märzen-Bockbier

der **Lübecker Hansa-Bräuerei** vom **11. Mai an.**

## Visit-Karten

auf ff. Elfenbeinkarton per 100 Stück von 1 Mk. an liefert prompt und sauber

**Die Druckerei des Lüb. Volksboten**  
 Friedr. Meyer & Co.

## Tapeten u. Borden

in großer Auswahl zu billigen Preisen.

**Reste in jeder Stückzahl zu halben Preisen.**

**Fadenb. Meer 10. Hans Fock**  
 Telephon 339. Hansa-Drogerie.

## Photographie

**E. FRANK**

Breitestraße 53. ♦♦ Johannisstraße 5.  
 Feinste und sauberste Ausführung aller photographischen Arbeiten bei billigsten Preisen. Vergrößerungen nach allen Bildern.

## Haut-Kranken

welche anderweitig keine Hilfe gefunden, kann ich **Frau J. Dentzan**, Lübeck, Untertrave 113, aufrichtig empfehlen. Ich hatte längere Jahre an dieser bösen Krankheit zu leiden und wurde nur in Behandlung der **Frau Dentzan** gründlich davon befreit.

**H. Pipe, Rentier** in Blüthen bei Schönberg.

## Majestätsbeleidigungen.

Der „neue Kurs“ kann nicht behaupten, die Sympathien des Volkes für sich gewonnen zu haben. Wenigstens bis jetzt war dies nicht der Fall. Die Ehrfurcht vor dem Throne, selbst vor der Person des Monarchen ist eine geringere geworden. Das zeigt unlegbar die Vermehrung der Majestätsbeleidigungen unter dem neuen Kurs. Es läßt sich darüber eine interessante Statistik aufstellen.

Es wurden wegen Majestätsbeleidigungen im letzten Dezennium verurtheilt Personen:

Jahr	Absolute Zahl	Auf 100 000 Strafmündige	Jahr	Absolute Zahl	Auf 100 000 Strafmündige
1884	381	1,2	1887	540	1,6
1885	375	1,2	1888	540	1,7
1886	402	1,2			
			1889	488	1,5
			1890	509	1,5
			1891	524	1,5
			1892	525	1,4
			1893	591	1,6

Die Zahlen sind wohl geeignet, ein dem Haus Hohenzollern ergebenes Herz mit Besorgniß zu erfüllen. Und schon sehen wir die konservativen Junker und Agrarier, berufen, Thron und Altar zu schützen, entrüstet mit den Finger nach der Sozialdemokratie deuten: „Du bist es!“ Gemach, ihr Herren!

Die Zahl der Verurtheilungen von Sozialdemokraten wegen Majestätsbeleidigung ist relativ äußerst gering, wie man es aus den monatlichen Nachweisungen des Parteivorstandes über die Bestrafungen leicht entnehmen kann. Ja, unsere ganze „strafbare“ Thätigkeit, bezw. ihre staatliche Vergeltung, d. h. die über die Partei jährlich verhängten Strafen, beträgt nicht einmal ein Viertel dessen, was jährlich in Deutschland an Majestätsbeleidigungen verbrochen wird. Dies ist auch sehr erklärlich. Die Interessen, die die Sozialdemokratie vertritt, die geschichtliche Mission, die sie erfüllt, sind zu gewaltig, als daß dabei einzelne Person, sei sie wer sie will, zum Centralpunkt der Angriffe gemacht werden könnten. Wir bauen nicht auf die Gnade der Könige und fürchten ihren Zorn nicht. Sie sind uns weder der Born aller Staatsweisheit, noch der Urquell politischer Mährheiten. Die Könige, einerlei ob sie von Gottes oder des Volkes Gnaden, sind ein geschichtliches Produkt und müssen sich dem gesetzmäßigen Entwicklungsgang der Geschichte unterwerfen, wie der Kleinsten einer.

Wenn aber irgendwelche Partei an der Abnahme des Achtungsgefühls vor dem Monarchen verantwortlich gemacht werden kann, dann giebt es nichts Leichteres, als den Nachweis zu führen, daß es die konservative Partei ist. Diese Anhänger der absoluten persönlichen Regierungsgewalt, die so gern mit ihrem monarchischen Gefühl und ihrer Kaisertrübe prunken, thun es bloß, weil sie in der Monarchie die beste Vertreterin ihrer materiellen Sonderinteressen erblicken. Wenn aber gelegentlich die Regierungspolitik nach ihrem Wunsch geht, dann lehrt sich der Groll gegen die Person des Monarchen, wie früher ihre Hoffnung zu ihm hinaufblickte. Sie erinnern an die Wilden, die den Götzen, den sie soeben inbrünstig angebetet haben,

zerschlagen, weil er ihnen kein Regenwetter gemacht hat. Betrachten wir die Zahlen unserer Tabelle: Außer den exceptionellen Jahren 1887 und 1888 — Septennatswahlen, die 100 Tage des Kaisers Friedrich, doppelter Thronwechsel — zeigt das Jahr 1893 die größte absolute und relative Zahl der Majestätsbeleidigungen, besonders auffallend, weil das Vorjahr eine relative Verminderung aufweist.

Was war die Ursache? Nun, das Jahr 1893 ist noch uns Allen in lebhafter Erinnerung. Es war das Jahr des Entstehens des Bundes der Landwirthe. Es war das Jahr, wo Herr Kuprecht schrieb: „Wir müssen es dahin bringen, daß unsere Herren Landräthe nach oben berichten: In den Kreisen der Landwirthe herrscht die größte Unzufriedenheit, so daß ihre früher so regierungsfreundliche Gesinnung in das Gegentheil umgeschlagen ist.“ Es war das Jahr, als die „Kreuztg.“ folgendes Stimmungsbild aus landwirthschaftlichen Kreisen brachte: „Wenn die Leute nun fragen: Se kennen doch den Kaiser, warum litt de denn so'n Wirthschaft? Weinen muß man — wenn man darauf Schweigen muß, weinen — nicht darüber, daß damit die Sozialdemokraten gewonnenes Spiel haben, sondern darüber, in wie erschreckendem Maße die Liebe zu unserem Königshause und zum Vaterlande abnimmt.“ Die Vermehrung der Majestätsbeleidigungen war das Resultat dieser „wählerischen“ Agitation. Aber nicht nur die Majestätsbeleidigungen haben sich in diesem, durch nichts als durch die agrarische Agitation gekennzeichneten Jahre vermehrt, sondern auch sonstige Vergehen gegen den Staat, z. B. „Aufforderung zum Ungehorsam gegen Geseze“ von 45 auf 70 Bestrafte, während dagegen die Zahl der Verurtheilten auf Grund des § 131, d. h. desjenigen unter den auf Staat und öffentliche Ordnung bezüglichen Strafgesetzkapitel, in dessen Mäßen, bei Anwendung einer staatserkhaltenden staatsanwaltlichen Auslegung, die Parteigenossen bekanntlich am meisten sich verfangen, abgenommen hat. Einen besseren Beweis dafür, wie sehr die Junker dazu berufen sind, Geseze gegen den Umsturz zu schaffen, kann es nicht geben.

Man sieht, es bedarf der Sozialdemokratie nicht, um das monarchische Prinzip zu untergraben. Die Regierung sorgt selbst dafür und die staatserkhaltenden Parteien leisten ihr getreulich Hilfe.

Aber noch in einer anderen Beziehung ist unser kriminalistischer Ausblick lehrreich. Niemand wird behaupten, daß die Person des Landesherrn nicht genügend gegen Beleidigungen geschützt sei. Mehr noch vielleicht, als die Zahl der Verurtheilten, beweist dies das verhängte Strafmaß. Es werden jetzt rund 250 Jahre Gefängniß jährlich für Majestätsbeleidigungen verhängt. Ein Vierteljahrtausend Gefängniß durchschnittlich im Jahre — wer glaubt nicht, das wäre genug? Seit dem Regierungsantritt Wilhelm's II. und mit dem Jahre 1895 werden es nicht unter 1900 Gefängnißjahre sein, soviel als seit der Geburt Christi vergangen ist! Aber hilft das? Hat das geholfen? Die Majestätsbeleidigungen mehren sich wie unsere Tabelle zeigt. Aber wenn man selbst die Majestätsbeleidigungen, die doch allenfalls eine alberne Thorheit sind, hinter der sich keine Interessen bergen, mittelst Gefängnißstrafen nicht ausrotten kann, wie hofft man da, die ganze politische Opposition, hinter der wohl sehr ernste Interessen stecken, ja selbst den

Klassenkampf mittelst einer Umsturzvorlage, d. h. mittelst Gefängnißstrafen vernichten zu können?!

Wir wollen unsere Betrachtungen nicht abschließen, bevor wir den Lesern noch folgende Zusammenstellung mitgetheilt haben. Es betrug die Zahl der Verurtheilten wegen:

Im Jahre	Beleidigung des Landesherrn	Beleidigung von Bundesfürsten
1888	552	2
1889	488	5
1890	508	1
1891	524	0
1892	525	0
1893	591	0

Sapienti sat! Die es angeht, welche die Person des Monarchen in den Parteikampf hineinzerrn, mögen Acht geben! („Leipz. Volksztg.“)

## Aus Nah und Fern.

Was frag' ich viel nach Geld und Gut! Zeitungsberichten zufolge muß König Stumm doch nicht so krank sein, wie es dargestellt wird. Er soll für die bevorstehenden Feierlichkeiten in Kiel eine Villa, die in der dortigen Hospitalstraße liegt, auf die Dauer von zwei Tagen für Mk. 5000 gemiethet haben, um bequem vom Fenster aus alle Vorgänge verfolgen zu können. Seine Arbeiter sorgen ja dafür, daß er sich den Spaß leisten kann. Aber zufrieden ist auch König Stumm nicht einmal!

Ueber die verhafteten Anarchisten in Berlin berichtet ein Lokalberichterstatter: Der Schneidermeister Töbs lebte mit seiner Frau getrennt. Seine Angeberin ist als Kellnerin zu ihm gekommen, um ihm die Wirthschaft zu führen, sie hat seinem Haushalte 1 1/2 Jahre vorbestanden. Töbs hat nun neuerdings seine Liebe einer andern Person zugewendet; seine Wirthschafterin hat in Folge dessen aus Rache sich mit der bekannten Denunziation an die Polizei gewendet. Wirthschaftlich in Töbs nicht schlecht gestellt. Bestraft ist er bereits wegen Majestätsbeleidigung und auch in verschiedene Anarchistenprozesse war er verwickelt. Seit den Vorgängen im Friedrichshain, die zu dem Gummischlauchprozeß geführt haben, hat Töbs mit seinen anarchischen Genossen nicht viel mehr verkehrt. Der zweite Verhaftete, der Schneidermeister Karl Krebs, ist ebenfalls ein alter Parteigänger der Revolutionäre, gehörte aber von jeher zu den sogenannten ruhigen und stillen Elementen. Er hat eine geordnete Häuslichkeit und ist Vater von drei Kindern. Krebs ist im höchsten Grade schwindstüchtig und kann kaum von seiner Wohnung bis zum Tempelhofer Felde gehen; ob ihn das geeignet macht, eine Bombe zu tragen und zu werfen, ist wenigstens fraglich. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Denunziantin bei dem freien Verkehr der Genossen das eine oder das andere aus deren Gesprächen aufgeschnappt und mißverstanden oder auch einen nur diskutirten Gedanken als einen feststehenden Plan betrachtet hat.

Eine drollige Gerichtsszene hat sich dieser Tage vor dem Schöffengericht zu Berlinchen abgespielt. Als in einer Privatbeleidigungssache eine Belastungszeugin vernommen werden sollte, trat plötzlich die Angeklagte an die Barriere heran und ruft in höchster Erregung: „Aber bet sage ich Ihnen, Herr Amtsrichter, die Frau nehme ich

## Folly Morrison.

Roman von Frank Barrett.  
Autorisirte Uebersetzung von A. Geisel.

(69. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Margarethe schwankte und schloß die Augen, aber sie sank nicht zu Boden, während Garnier fortfuhr:

„Sie stehen schußlos und allein in der Welt — vertrauen sie sich mir an!“

„Nimmermehr,“ sagte Margarethe kalt, „niemals!“

„Sie sprechen unter dem Eindruck von Gefühlen, welche meine Hochachtung für Sie nur erhöhen. Ich habe nicht erwartet, daß Sie meinen Vorschlag sofort annehmen würden — ich komme morgen früh gegen 6 Uhr wieder und dann hoffe ich, Sie gefasster zu finden.“ Er betonte jedes dieser Worte mit eigenthümlichem Accent.

„Ich stelle Ihnen keine Bedingungen — ich werde Sie nach England geleiten und wenn es mein Leben kosten sollte; aber ich gebe der Hoffnung Raum, daß Sie früher oder später meine Werbung annehmen werden. Indem ich Frankreich für immer verlasse, trenne ich auch für immer das Band, welches mich an das Ihnen so verhaßte Amt fesselt. Ueberlegen Sie, bitte, all diese Umstände und gewähren Sie mir morgen die Gunst eines unbefangenen Urtheilspruch. Leben Sie wohl!“

Margarethe blieb in trostloser Dede und Einsamkeit zurück und weinte um ihren Bruder.

In aller Frühe am nächsten Morgen pochte Esperanza an Follys Thür; sie gab keine Antwort, als indeß der Alte sein Hochen wiederholte, trat sie über die Schwelle in den Korridor und die Thüre hinter sich schließend, fragte sie sanft:

„Was wünschen Sie, mein Vater?“

„Gottlob, daß Sie so gefast sind!“ versetzte Esperanza mit einem ärtlichen Blick in das schöne bleiche Gesicht.

„Ja,“ sagte sie, „wir sind nun am Ende; die Angst und die Tenuung alles ist vorüber!“

„Es thut mir leid, daß ich Sie störe . . . aber Fräulein Vane befindet sich in großer Gefahr. Es heißt, sie habe die Schiffe abgefeuert, die aus diesem Hause gefallen sind.“

„Arme Seele — sie ist nicht im Stande, ein Gewehr anzurühren.“

„Wer fragt darnach! Sie ist Vanes Schwester und als solche der Rache verfallen.“

„Wo ist sie?“

„In ihrem Zimmer — ganz fassungslos.“

„Weiß sie, daß er hier liegt?“

„Nein — wir verhehlen es ihr. Es bietet sich ihr eine Gelegenheit dar, Paris zu verlassen, aber sie würde sich weigern zu fliehen, wenn sie wüßte, daß die Leiche hier im Hause ist.“

„Wie könnte sie fliehen?“

„Ein Beamter der Polizei, ein früherer Freund ihres Bruders, will sie retten — derselbe, der sich gestern Abend Ihrer annahm.“

„Nahm sich irgend Jemand meiner an? Ich vergaß wie heißt er?“

„Amadis Garnier.“

„Garnier?“ wiederholte Folly entsetzt, „der Mann, vor welchem ich sie schützen sollte? Hat sie sein Anerbieten angenommen?“

„Nein, sie weigert sich entschieden; vielleicht gelingt es Ihnen, sie andern Sinnes zu machen. Eine Wache

steht seit gestern Nacht vor dem Hause, niemand darf hinaus. In einer Stunde wird Garnier hier sein, um sich Antwort von Fräulein Vane zu holen.“

„Ich will sie retten,“ rief Folly mit leuchtenden Augen, „retten um jeden Preis.“

Esperanza, ihre Bewegung bemerkend, warnte sie. „Folly,“ sagte er, „seien Sie vorsichtig, denken Sie auch an sich selbst!“

„Bin ich nicht vorsichtig? Sehen Sie hier,“ rief sie, „ich habe mein pulvergeschwärtzes Kleid gewechselt, und niemand wird glauben, daß ich es war, der die Schiffe abfeuerte. Und nun fragen Sie mich nicht weiter — ich kenne meine Pflicht und ich weiß, Sie werden mir helfen, dieselbe zu erfüllen.“

Esperanzas Stimme zitterte, als er sagte:

„Sprechen Sie — was soll ich thun?“

„Führen Sie Herrn Garnier zu mir, wenn er kommt. Wenn ich mit ihm werde besprochen haben, sollen Sie Fräulein Vane sicher nach England geleiten. Versprechen Sie mir das, Esperanza?“

„Ich verspreche es,“ nickte der Alte.

„In England suchen Sie meinen Gatten, Roland v. Aveling, auf und bringen Sie ihn diesen Ring, den er mir gab. Sagen Sie ihm, daß ich alles gethan habe, meine Schuld zu sühnen!“

Sie streifte den Trauring vom Finger und reichte ihn dem Alten hin. Er nahm ihn schweigend, ohne sie anzusehen.

„Das ist alles — und nun mein Vater küssen Sie mich und lassen Sie mich allein, bis Garnier kommt!“

nich als Zeugin an; die schwört, was sie will. Hat sie doch gesagt, wenn sie schwören soll, dann legt sie sich einen Salzkuchen auf die linke Brust und schwört, was sie will. Wenn sie dann raus kommt, wirft sie den Salzkuchen weg, dann schadet er nicht." Kaum hatte die Angeklagte geendet, als mit hochrothem Gesicht die Zeugin hervorstritt und rufte: „Nee, ich ist det aber eene Verlogenheit! Davon is keen Wort wahr! Siehen Sie her, Herr Amtsrichter, ob ich wat druff habe!“ Mit diesen Worten hatte die Zeugin die Taille von oben bis unten blitzschnell aufgerissen. Der Vorsitzende rief ihr entgegen: „Halten Sie ein, wir haben genug!“ und konnte nur mit Mühe die verleumdete Frau beruhigen.

Eine entsetzliche Entdeckung machte, wie dem „Veipz. Tgbl.“ aus Chemnitz berichtet wird, am Montag Vormittag die Ehefrau eines auf der Petersstraße wohnenden Grünhändlers. Sie fand nämlich in dem Bettchen ihres 17 Wochen alten Söhnchens Blutflecken und, dadurch aufmerksam gemacht, später auf dem Bettrande die Junge ihres Kindes, welche demselben von der ihm beigegebenen Wärterin an dem vorhergehenden Tage abgeschnitten worden war. Die Eltern hatten sich am Sonntag an einem Ausfluge betheiliget und das kleine Kind der Obhut einer 70jährigen Frau anvertraut. Als die Mutter am anderen Morgen das in Folge des geronnenen Blutes schwarz gefärbte Mündchen sah, glaubte sie an Verbrennung und behandelte es demgemäß, bis sich ihr die graufige Wahrheit enthüllte. Die alte Frau wurde verhaftet und auch das aufgefundenen Messer beschlagnahmt. Die etwas kurzfristige Frau gab an, sie habe geglaubt, das Kind habe den Gummipfropfen verschluckt und habe nun, um ihn wieder herauszuholen, ein Messer benutzt, hierbei aber anstatt des Gummipfropfens die Junge erfaßt und abgeschnitten. (!) Ob das Kind am Leben erhalten werden kann, erscheint nach ärztlichem Ausspruch zweifelhaft, weil die Zungentwurzeln durch mehrere Schnitte verstümmelt ist. Ob ein Verbrechen oder grobe Fahrlässigkeit vorliegt, ist bis jetzt noch nicht aufgeklärt.

Zunkerliches. Herr Graf Luckner auf Altfranken (Sachsen), läßt jetzt in der Nähe seines Schlosses für seinen 12jährigen Sohn für die Kleinigkeit von 30,000 Mark einen Zirkus bauen. Der Herr Sohn soll sich darin zum Reitleistler ausbilden. Zu diesem Zweck hat der Herr Graf außerdem noch 30 Ponnys gekauft, die wohl nicht weniger kosten werden. Der junge Herr Graf hat sich überdies aus den Kreisen seiner Hintersassen eine Anzahl gleichaltriger Knaben ausgewählt, die er ebenfalls in den Künsten der Pferdedressur und des Reifenspringens zu unterrichten gedenkt und die ihm dann als glänzende Suite bei den beabsichtigten Vorstellungen dienen sollen. Öffentlich wird auch noch ein kleines Ballet, natürlich aus jungen Komtessen bestehend, eingerichtet. Die armen Bewohner Altfrankens werden gewiß mit Vergnügen sehen, wie hier das Geld auf so nützliche Weise unter die Leute gebracht wird.

Der sparsame Bismarck. Die ultramontane „Augsb. Postztg.“ läßt sich von einem „parlamentarischen Mitarbeiter“ folgende Geschichte erzählen: „Hatte da eine hochpatriotische Dame aus Ebtoben in der Rheinpfalz — ob's die nämliche war, die Bismarck zum Ehrenbürger ihres nicht mehr jugendlichen Herzens ernannt, weiß ich nicht, ihre Freundinnen trugen ihr es aber zu aus dem Sachenwalde eine Eiche begehrt und auch erhalten. Mit großer Feierlichkeit wurde sie gefeiert, eine Schule mußte mithun, und der Herr Abgeordnete Ober-

landesgerichtsrath Ruy von Ebtoben hielt eine kernige Rede dazu. Und hintennach kam von Friedrichsruh eine Rechnung: neun Mark und etliche Pfennige für die gelieferte Eiche. So erzählt man sich in intimen Kreisen; ich verrathe es für die Deffentlichkeit, um ein Dementi herbeizuführen, denn sonst wäre — jeder Kommentar überflüssig.“ Auch die Geburtstags-Nährstimmung sollte dem Eigentümer des Sachenwaldes den Sinn „für's Praktische“ nicht getrübt haben? Unähnlich wäre ihm diese Besteuerung seiner begeisterten Verehrer gerade nicht.

Nochmals die Elise Groß! Aus Schlesien schreibt man dem „Volk“: Forscht die Polizei noch nach dem Mörder? Warum zieht man die nicht in Untersuchung, welche der Breslauer Volksmund als in Verbindung mit dem Morde stehend bezeichnet? Jetzt erzählt man sich gar, die Elise Groß habe genau Buch geführt über die Personen, welchen sie ihre Gunst geschenkt hat, und auch stets den Preis eingetragen, um welchen sie ihre Liebe verkauft hat. In diesem Quittungsbuch soll neben manchen vornehmen Herren auch mancher hohe Beamte des Staates, der Provinz, mancher Offizier stehen. Trifft das zu — und nicht etwa der „Pöbel“ behauptet, es sei so — dann versteht man wohl, warum ein so geheimnißvolles Schweigen über den Stand der Untersuchung herrscht. Im Reichstage hat die Regierung eine Umsturzworlage eingebracht. Es wäre sehr notwendig, daß man dem Umsturz von oben energisch entgegentritt. Beamte und Offiziere, die so bloßgestellt sind, wie die Zuhälter der ermordeten Groß, sollten im Interesse der Ordnung sofort und für immer ihres Dienstes enthoben werden. Energisches Vorgehen gegen die Sittenlosigkeit gerade unter den Beamten des Staates inklusive Offizieren wäre der beste und wirksamste Kampf gegen den Umsturz.

Die Polizei und das Koalitionsrecht. In der Brenzler'schen Schuhfabrik in Osnabrück sind kürzlich Differenzen vorgekommen, welche auch in Versammlungen besprochen wurden. Wie die Sache weiter verlaufen, deutet folgender Entlassungsschein an:

„Wir bescheinigen dem Zwickler B. B., daß dieser seit dem 27. April 1894 bis dato bei uns in Arbeit gestanden hat, dann aber von uns wegen grober Beleidigung, die in öffentlicher sozialdemokratischer Versammlung über seinen Arbeitgeber ausgesprochen hat, sofort ohne Kündigung auf polizeiliches Anrathen entlassen ist.“

Osnabrück, den 22/4. 95.

Ob die Polizei sich wohl die Behauptung, sie habe zur Entlassung eines Arbeiters gerathen, gefallen lassen wird? Wir glauben ja!

Ein Seitenstück zum Fall Gerlach. Unsere Leser erinnern sich wohl noch der Verhandlung gegen die menschliche Bestie, die Frau Oberförster Gerlach, welche gegenwärtig im Zuchthaus für die scheußliche Mißhandlung ihres Dienstmädchens büßt. Leider steht diese Hyäne nicht allein da, wie der neuerdings vorgekommene Fall Homann beweist. Wer ist Homann? — werden die Leser fragen. H. Homann ist der Sohn des Fettwaarenfabrikanten F. H. Homann in Kleekamp bei Dissen und gegenwärtig Kaufmann in Bramsche bei Osnabrück; er ist der Bruder des auch schon den Lesern bekannten Margarine-Fabrikanten F. Homann in Dissen. Alle Drei sind eifrige Gegner der Sozialdemokratie und unermüdlige Streiter für Sitte, Religion und Ordnung. Wohlan, die eine dieser Ordnungssäulen, der Kaufmann

W. Homann und seine liebenswürdige Gemahlin geb. Richter, aus Neuenkirchen bei Melle, hatten sich vor der Osnabrücker Strafkammer wegen Vorgänge zu verantworten, die sehr viel Ähnlichkeit mit dem Falle Gerlach haben. Es handelte sich, wie wir dem „Osnabrücker Tageblatt“ entnehmen, um die grausame Behandlung eines der vielen Dienstmädchen, die die Frau Homann gehabt hat, der jetzt 19jährigen Anna Nientedt aus Osnabrück, die in einem Zustande entsetzlicher Verwahrlosung und dem Hungertode nahe, auf Veranlassung des Arztes am 2. November v. J. Aufnahme im Osnabrücker Krankenhaus fand. Dank der sorgfältigen Ernährung und Arztpflege ist das bebauernde Mädchen wieder hergestellt worden. Nach fünf Wochen hatte der zum Skelett abgemagerte Körper wieder um 17 Pfund zugenommen, während innerhalb der 3 1/2 monatlichen Dienstzeit bei den angeklagten Eheleuten das Mädchen in Folge Nahrungsmangel 32 Pfund seines Körpergewichtes verloren hatte. Das Gericht stellte durch Vernehmung der Zeugen, aber namentlich durch die einwandfreien Aussagen der Mißhandelten fest, daß die Ehefrau Homann dieses Mädchen in schlimmster Weise mit Arbeiten überbürdet, sie fortgesetzt mißhandelt und dabei mit einer Fluth von Schimpfworten unflätigster Art, wie „Donnerschlag“, „Nas“, „Lude“, regaliert hat. Vor Leistung des oft unmöglichen Arbeitspensums bekam das Mädchen nichts zu essen, und gelang es ihr nicht, die Arbeit zu bewältigen, so war Schmalhans Küchenmeister, es gab einfach nichts. „Das Fressen kannst Du Dir denken“, rief die Angeklagte dann voller Hohn der Hungernden zu oder sagte von nichtswürdiger Bosheit: „Geh' in den Keller, da friß die rohen Kartoffeln!“ Hat es dem Mädchen so an der nothwendigsten Nahrung zur Fortexistenz gefehlt, so ermangeten ihm dagegen niemals zur Arbeit antreibende Kniffe und Pöffe, und wenn der Born der Herrin größer wurde, da rief sie ihren Gewerbegehilfen bei Ausübung der Mißhandlungen, ihren Ehemann herbei, und dieser besorgte nun die körperlichen Züchtigungen des Mädchens. Er hat sie unzählige Male, wie das arme Mädchen bekundet, mit einem Weidenstock geschlagen, wenn sie nach Meinung der Dienstherrin nicht genug Arbeit verrichtet hatte, oder nicht flink genug bei der Arbeit gewesen. Welche „Selbenthat“ für einen Ordnungsmann, ein wehrloses Mädchen zu prügeln! Daß der Ehemann zu Gewaltthatigkeiten gegenüber Dienstmädchen seiner Frau hinneigte, bekundete eine Zeugin aus eigener Erfahrung recht drastisch. Diese hat er damals, weil sie beim Aufnehmen und Fegen der Stube einen Obstern liegen gelassen hatte, beim Genick erfaßt und mit der Nase auf den am Boden liegenden Pflaumenkern gestoßen, ihr bedeutend, den solle sie mit der Nase wegwischen. Die Angeklagten bestritten natürlich Alles und stellten das von ihnen so grausam gemißhandelte und dem Hungertode nahe gebrachte Mädchen, genau so wie es Gerlach thaten, als faul, schmutzig, verlogen u. hin. Mehrere Zeugen, frühere Dienstmädchen des Homann'schen Ehepaars, bestätigten aber, daß die Behandlung der Mädchen stets schlecht gewesen sei. In dem Zeitraum von Dezember 1890 bis 1894 haben allein achtzehn Dienstmädchen aus Osnabrück dort gebüßt, der größere Theil ist nach kurzer Zeit wieder davongelaufen. Ein Mädchen ist durch den Gärtner aus dem Wasser gezogen worden als es sich in Folge der schlechten Behandlung das Leben nehmen wollte, ein anderes sagte aus, daß es zwei Mal den Tod durch Ertränken, einmal durch Erhängen gesucht habe, endlich, als dies alles nicht gelang, davongegangen sei. Ein Mädchen sagt aus, mißhandelt sei sie nicht, aber mit Schimpfnamen belegt, wie „Dienstpröze“, „Nas“ u., auch habe man ihr nie Zeit zum Essen gegönnt; aus Angst, daß es Schelte geben würde, wenn sie nicht schnell genug fertig würde, hätte sie sich dann die Taschen vollgestopft und gesagt, sie habe schon gegessen. Ihr Wittmädchen sei einmal von der Butterkarn fortgestoßen und als sie hingefallen, von der Frau mit Wasser begossen worden. Aus allen diesen Aussagen nahm der Gerichtshof an, daß die Zeugin Anna N. (die Verhungerter) glaubwürdig sei und erkannte beide Angeklagte für schuldig. Der Ehemann wurde wegen einfacher Körperverletzung zu 1 Monat, die Ehefrau wegen gefährlicher Körperverletzung durch eine das Leben gefährdende Behandlung zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt.

Einen entsetzlichen Tod fand eine in Gerlachshaus bei Müller Lurz in Diensten stehende Magd aus Hedfeld. Sie wurde, als sie Sägespäähne unter einer in vollem Gang befindlichen Cirkularsäge hervorholten wollte, von dieser erfaßt und ihr der Kopf durchgesägt.

Das Attentat auf den biden Milan von Serbien, von dem in den letzten Tagen die Zeitungen in allerlei dunkeln Andeutungen zu berichten wußten, hat sich einiger Nähen aufgeklärt. Nach den Bourgeoiszeitungen sind die Gerüchte „darum zurückzuführen, daß Milan in der Bildergalerie in Benedikt mit einem Selbstvermittler, dem er Provisionen schulden sollte, einen Zusammenstoß hatte“. Aus dem Jargon der „in Ehrfurcht und Unterthänigkeit Erstrebenden“ in grades, ehrliches Deutsch überseht, heißt das einfach: Der königliche Lump Milan hat von einem Angeschwindelten eine gehörige Tracht Prügel bekommen, als deren Folge Sr. Majestät heute noch der allerburchschlachtigste Rücken schmerzt. Verdient hat der bide Milan die Prügel, und wenn sie ihm auch ein betrogener Betrüger verabsolgt hat, so waren sie darum nicht weniger angebracht.

#### 41. Kapitel.

Mit dem Schlag der sechsten Morgenstunde erschien Garnier im Hotel Milan und beauftragte den Portier des Hauses, Fräulein Bane seine Karte zu bringen. Der Portier entfernte sich und kehrte dann nach kurzer Frist mit einem Billet zurück, in welchem Margarethe erklärte, sie habe keine Veranlassung, Herrn Garnier zu empfangen.

Garnier schrieb eine Antwort im Bureau des Hotels mit folgendem kurzen Inhalt:

„Wenn Sie auf Ihrer Weigerung beharren, so bleibt mir keine Wahl und ich muß Sie als Anhängerin der Kommune verhaften lassen.“

Gleich darauf erschien Esperanza; er sah aschgrau aus und der Ton war unsicher, in dem er fragte: „Herr Amadis Garnier?“

„Ich komme in Fräulein Banes Auftrag — Sie schreiben Fräulein Bane, es sei Ihre Pflicht, sie verhaften zu lassen?“

„Ja.“ Dabei blickte Garnier sich um, ob kein Lauscher in der Nähe sei.

„Nun wohl.“ stammelte Esperanza, sich schwer auf das Treppengeländer lehrend, „Fräulein Bane läßt Sie rufen, Ihre Pflicht zu thun.“

„Kennt Fräulein Bane auch die Tragweite dieser Bottschaft?“

„Vollkommen; sie ist all unsern Bitten unzugänglich geblieben.“

„Wohlan — sie soll ihren Willen haben.“ knirschte Garnier, indem er hastig das Haus verließ.

Esperanza stand wie festsitzend. Er athmete schwer und rang wie verzweifelt die Hände. — Jetzt drang Bassengeklirr an sein Ohr; vor ihm stand Garnier in Begleitung eines Offiziers und einer Patrouille von vier Mann.

„Wo finden wir Fräulein Bane?“ fragte Garnier den Spanier.

„Folgen Sie mir, bitte“, versetzte Esperanza, indem er zugleich sich anschickte, die Treppen hinaufzusteigen. Droben machte er Halt vor einer Thüre und sagte tonlos:

„Hier — Nummer dreizehn.“

Während Esperanza zurückblieb, schritt Garnier, von den Soldaten gefolgt, auf die bezeichnete Thüre zu; bevor er indeß angeklopft hatte, ward die Thüre auch schon von innen geöffnet und — Folly erschien auf der Schwelle.

„Sie suchen also die Frau, welche gestern auf Ihre Kameraden geschossen hat?“ fragte sie die Ankömmlinge.

Garnier versuchte die Beantwortung dieser Frage zu umgehen.

(Fortsetzung folgt.)

#### Litterarisches.

„Naturkräfte und Naturgesetze“. Von Dr. Dampa. Verlag der Wiener Volks-Buchhandlung. Mit den nunmehr erschienenen Heften 11—14 liegt dieses Werk vollständig vor. Es kostet brochirt 2,80 Mk., in Leinenband mit Golddruck 3,80 Mk. Das Buch ist bestimmt, eine Lücke in der naturwissenschaftlichen Litteratur auszufüllen; es will dem Laien eine Einführung in die „Naturphilosophie im wahren Sinne des Wortes“ bieten, d. h. ein auf der exakten Forschung beruhendes Gesamtbild der im Weltall wirkenden Kräfte, wie es ja der Laie in erster Linie vom Naturforscher zu erhalten wünscht. Eine Naturphilosophie in diesem Sinne scheint dem Verfasser allerdings vor der Hand noch ein Ideal, da der heutige Stand der menschlichen Erkenntniß nur er-möglicht, einzelne unerrückbare Fundamente zu gewinnen und die Grundlinien des Gemäldes in großen Zügen zu entwerfen. Aber nachstreben dem Ideale, bringt der Verfasser der Kosmogonie und die Physik in den Kreis der Betrachtung. Den breitesten Raum in dem Buche nimmt die Lehre von den elektrischen Erscheinungen ein; dem Licht und Magnetismus stellt der Verfasser entsprechend den Ergebnissen der neuesten Forschung im Zusammenhang mit diesen dar. Das Buch verdankt seine Entstehung einem Vortrage von Vorträgen, welche der Verfasser in einem Wiener Arbeiterbildungsvereine hielt; diesem Ursprung entspricht die Form der Darstellung, welche nach möglicher Klarheit und Verständlichkeit strebt, ohne deshalb auf das Niveau leichter Pseudo-Popularität zu sinken.